

Inhaltsverzeichnis zum Vorbericht 2021

Vorbericht	2
1. Allgemeines	2
1.1 Allgemeines zur Gemeinde und Bevölkerungsentwicklung	2
1.2 Strategie und Besonderheiten des Haushaltsjahres in Kurzform	5
1.3 Schlüsselprodukte, Ziele, Deckungsfähigkeit	7
2. Der Ergebnishaushalt	8
2.1 Allgemeines	8
2.2 Erträge des Ergebnishaushaltes	10
2.3 Entwicklung der Haupteinnahmequellen des Ergebnishaushaltes	13
2.4 Aufwendungen des Ergebnishaushaltes	21
2.5 Personalaufwendungen	25
2.6 Zuschüsse im Bereich der Freiwilligen Aufgaben	30
2.7 Abweichungen des Finanzhaushaltes vom Ergebnishaushalt	31
2.8 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen (Sonderergebnis)	31
3. Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	32
3.1 Erläuterungen zum Investitionsprogramm Teil B	32
3.2 Finanzierung des Haushaltes	36
4. Sonstige Erläuterungen	37
4.1 Entwicklung der Verbindlichkeiten	37
4.2 Entwicklung des Gesamtergebnisses, des Basiskapitals, des Zahlungsmittelüberschusses, des Finanzierungsbedarfes und der Liquiditätsreserve	40
4.3 Belastungen aus dem Sondervermögen, aus der kommunalen Zusammenarbeit und aus den mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen der Gemeinde	45

Vorbericht

zum Haushaltsplan der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

für das Haushaltsjahr 2021

1. Allgemeines

1.1 Allgemeines zur Gemeinde und Bevölkerungsentwicklung

Dürrröhrsdorf liegt am von Stürza kommenden Stürzabach und **Dittersbach** am in der Harthe im Karswald entspringenden Kalten Bach. Die erste urkundliche Erwähnung von Dürrröhrsdorf-Dittersbach datiert aus dem 13. Jahrhundert. Im Jahre 1965 schlossen sich Dürrröhrsdorf und Dittersbach, mit dem Verwaltungssitz in Dürrröhrsdorf, zusammen.

Seit dem 01.01.1994 hat sich durch die Eingemeindung der Ortsteile Dobra/Stürza, Porschendorf/Elbersdorf und Wünschendorf die Einwohnerzahl und die Gesamtfläche des Gemeindegebietes vergrößert. Am 29.09.1998 hat der Gemeinderat von Wilschdorf die freiwillige Eingemeindung in die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach zum 01.01.1999 beschlossen.

Ortsteil	Einwohner 31.12.2019	Fläche in ha
Dürrröhrsdorf-Ditt.	2.016	1.163
Dobra	295	478
Elbersdorf	308	206
Porschendorf	267	395
Stürza	355	730
Wünschendorf	293	440
Wilschdorf	704	966
GESAMT	4.239	4.378

In der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach sind folgende kommunale Einrichtungen vorhanden:

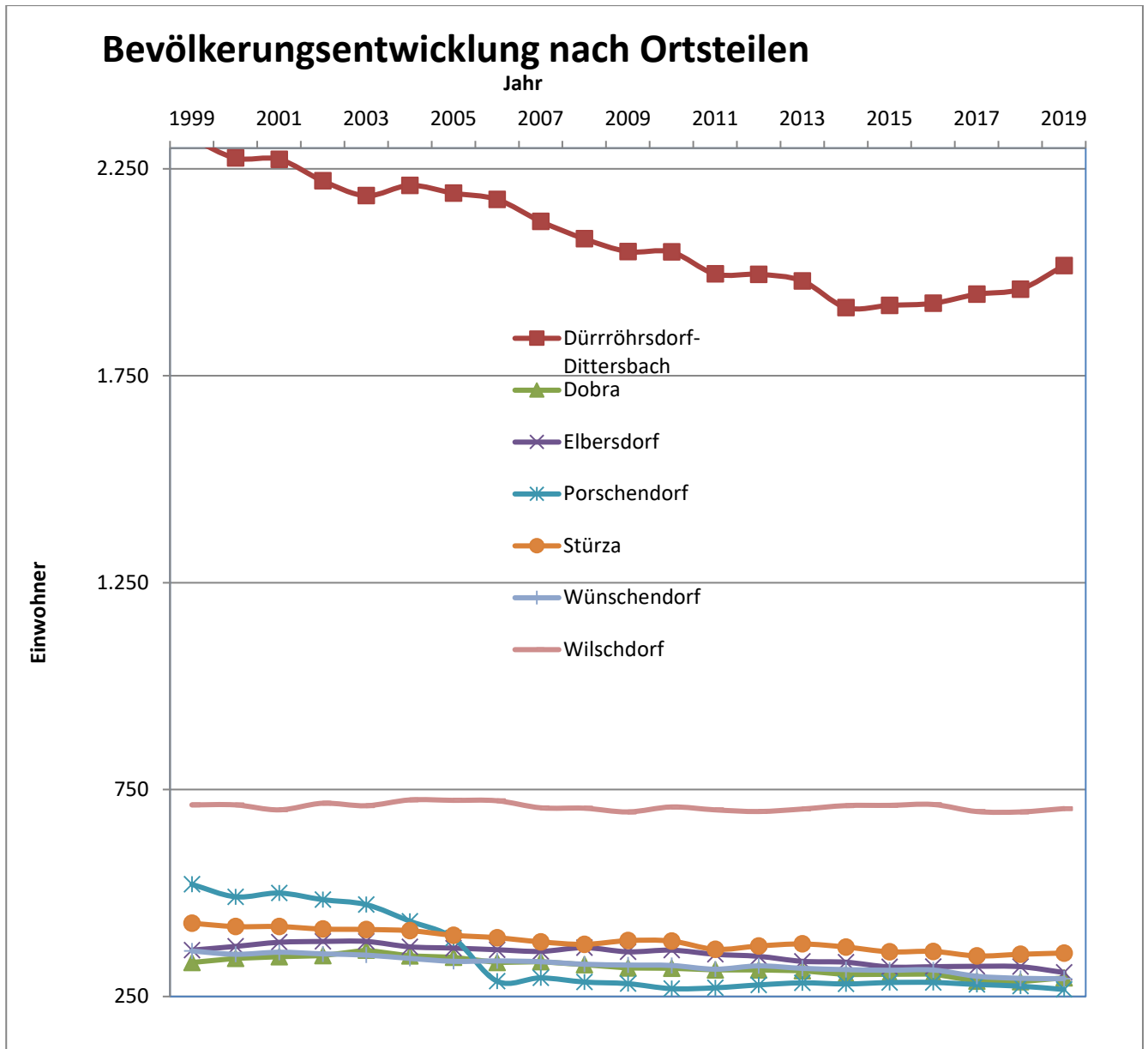
- 1 Grundschule mit Turnhalle
- 1 Kinderhort
- 4 Kindertagesstätten (davon 2 über den Arbeiter-Samariter-Bund betrieben)
- 5 Jugendclubs (Dittersbach, Wünschendorf, Porschendorf, Stürza, Wilschdorf)

- 1 Gemeindebücherei
- 7 Ortsfeuerwehren
- 1 Bauhof (Dittersbach)
- 5 Dorfgemeinschaftshäuser (Dürrröhrsdorf, Stürza, Dobra, Wünschendorf, Porschendorf)
- 4 Sportplätze
- 3 Totenhallen
- 1 Kompostieranlage
- 2 Wäscherollen
- 40,8 km kommunale Straßen
- ca. 60 Wohnungen und Geschäftsräume

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen stellt sich seit 2006 wie folgt dar (Angaben des Statistischen Landesamtes Kamenz):

Ortsteile	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Dürrröhrsdorf-Dittersbach	2.123	2.081	2.050	2.049	1.996	1.995	1.979	1.915	1.920	1.925	1.947	1.959	2016
Dobra	334	327	319	318	314	314	312	303	304	304	287	286	295
Elbersdorf	359	368	358	362	352	347	335	333	321	322	323	322	308
Porschendorf	295	285	281	269	271	278	283	280	284	284	279	275	267
Stürza	382	376	385	384	364	372	377	370	358	359	348	352	355
Wünschendorf	334	328	326	325	316	324	318	315	313	314	299	294	293
Wilschdorf	706	705	696	708	701	697	703	711	712	712	697	696	704
GESAMT	4.533	4.470	4.415	4.415	4.314	4.327	4.307	4.227	4.212	4.222	4.180	4.184	4.239

Zu beachten ist, dass die Daten des Statistischen Landesamtes nach der letzten Zensusbefragung deutlich von den Einwohnerzahlen unseres Meldeamtes abweichen. Deshalb wurden die ortsweisen Daten unseres Meldeamtes auf die geringere Gesamteinwohnerzahl des Landesamtes interpoliert.

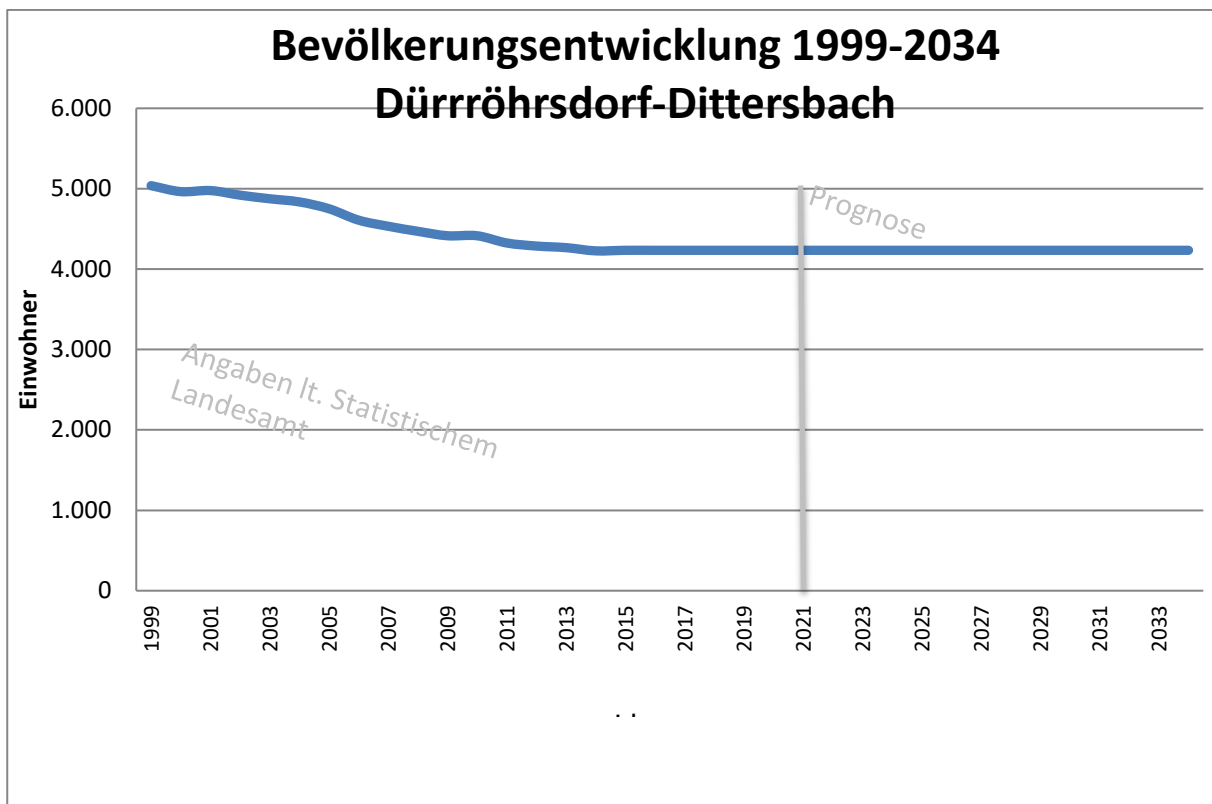


Bis 2015 wurde für die Zukunft eine kontinuierliche Bevölkerungsentwicklung unterstellt. Das heißt, jährlich wurde ein Rückgang von rund 50 Einwohnern erwartet (1,1 % p.a.).

Der überproportional starke Einwohnerverlust in den Jahren 2005 und 2006 ist auf die Schließung des Asylantenheimes in Porschendorf zurückzuführen.

Ab 2016 wird für die Folgejahre kein Bevölkerungsverlust mehr angenommen, da aufgrund der Zuweisung von Asylbewerbern die oben genannte negative Entwicklung kompensiert wird. Ein weiterer Grund für die Stagnation bzw. für einen leichten Bevölkerungszuwachs ist die Erschließung neuer Eigenheimsiedlungen in Dürrröhrsdorf (2020) und zukünftig auch in Wilschdorf. Deshalb gehen wir auch vorerst von einem Verharren bei der letzten offiziellen Einwohnerzahl aus. Diese

liegt bei 4.239 Einwohnern (31.12.2019). Die weitere Entwicklung unterliegt bei zukünftigen Haushaltsplanungen einer kritischen Neueinschätzung.



1.2 Strategie und Besonderheiten des Haushaltsjahres 2021 in Kurzform

Mittlerweile wurde die Aufstellung der Eröffnungsbilanz der Gemeinde abgeschlossen - diese wurde erfolgreich örtlich und überörtlich geprüft. Ebenso aufgestellt und örtlich geprüft sind die Jahresrechnungen 2013, 2014 und 2015. Die Jahresrechnung 2016 ist in Arbeit. Die Gemeinde geht davon aus, dass die Rückstände bei den Jahresrechnungen bis Ende 2022 abgearbeitet werden können.

Das Jahr 2020 und 2021 stehen im Zeichen der Corona-Pandemie. Welche auch für die Haushaltsplanung der Kommunen erhebliche Unsicherheiten schafft. Dies umfasst neben den Zusatzaufwendungen, den Gebührenaussfällen insbesondere auch die zu erwartenden Gewerbesteuer- und Einkommenssteuereinnahmen. Bis zur ersten Vorstellung des Haushaltsplanes im Januar gab es keine Orientierungsdaten, so dass die Prognosen unter Bezugnahme auf die bisherigen Ausfälle und die örtlichen Gegebenheiten selbst erstellt wurden.

Die Strategie der Gemeinde für den Haushalt lautet:

- *Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit soll grundsätzlich mindestens so groß sein, wie die zu zahlenden ordentlichen*

Tilgungszahlungen (117 TEUR). Seit 2014 übersteigt der Überschuss die zu zahlenden ordentlichen Tilgungsleistungen.

- *Es werden 2021 keine neuen Schulden gemacht, der Schuldenabbau wird aber in den Jahren 2022 und 2024 (niedriges Schuldenniveau/ lukrative Förderprogramme/ extrem niedrige Zinsen bzw. negative Anlagezinsen) ausgesetzt, um drei Großprojekte (Gerätehaus Dobra 2022/ Kindergartenbau Stürza 2022 und Turnhallenersatzbau 2024) durchführen zu können.*
- *Durch die bisherige Entschuldung hat sich die Gemeinde einen finanziellen Spielraum geschaffen, welcher unter Ausnutzung von Fördermöglichkeiten die Realisierung o.g. Maßnahmen erlaubt. Sollten sich die wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen verschlechtern, ist neu zu entscheiden.*
- *2021 sollen keine Steuererhöhungen erfolgen.*

Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage für die gemeindewirtschaftliche Stellungnahme

1. Gesamtergebnis nach §2 Abs. 1 Nr. 27 KomHVO (Gesamtergebnis mit Afa)	-243.332 EUR
2. Betrag der Verrechnung mit dem Basiskapital gem. §72 III Satz 3 GemO	243.332 EUR
3. Vortrag von Haushaltsfehlbeträgen	- EUR
4. Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit nach §3 Abs. 1 Nr. 17	307.535 EUR
5. Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit gem. Nr. 34	-722.769 EUR
6. Liquiditätsreserve 1.1.2021 davon gebunden durch Haushaltsreste u.ä. weiterhin gebunden ergibt	877.654 EUR 13.690 EUR <u>248.313 EUR</u> 615.651 EUR
Liquiditätsreserve 31.12.2021 gebunden ergibt	331.730 EUR <u>248.313 EUR</u> 83.417 EUR
7. Kreditaufnahme	Nein
8. Verpflichtungsermächtigungen	Nein
9. Haushaltsstrukturkonzept	Nein

1.3 Schlüsselprodukte, Ziele, Deckungsfähigkeit

Als Schlüsselprodukte sind festgelegt:

36.51.01.01 Kindergarten Stürza
36.51.01.02 Kindergarten Wilschdorf
36.51.01.03 Kinder in Tagespflege
36.51.01.05 Hort Dürrröhrsdorf
36.52.01.00 Zuschüsse an freie Träger für Kindertageseinrichtungen
61.10.01.00 Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen

Einzelheiten zu den einzelnen Produkten sind unter Trennblatt 4 bzw. 5 ersichtlich. So wurde zu jedem Produkt neben den Verantwortlichkeiten eine Kurzbeschreibung, die Rechtsgrundlage, ein Ziel und ggf. auch Kennziffern angegeben. Bei den Anmerkungen zu jedem Produkt sind auch die Besonderheiten der Planung 2021 aufgezeigt. Insofern wird auf den Teilergebnishaushalt (4) bzw. den Teilfinanzhaushalt (5) verwiesen. Die konkreten Zielsetzungen und Kennzahlen werden in den nächsten Jahren ausgebaut.

Hauptziele der Gemeinde sind:

- allen gesetzlichen Verpflichtungen ordnungsgemäß nachzukommen,
- die Verschuldung zu reduzieren,
- genehmigungsfreie Haushalte zu erstellen und
- in der Kinderbetreuung (Krippe, Kindergarten, Hort, Grundschule) qualitativ und quantitativ vorbildlich zu sein.
- alle Ortsfeuerwehren zu erhalten und gute Rahmenbedingungen durch die Modernisierung der Ausstattung (Fahrzeuge, Gerätehäuser, Technik) zu schaffen
- langfristige Umsetzung des Nachhaltigen Wiederaufbauplanes (Hochwasserschutz)

2. Der Ergebnishaushalt

2.1 Allgemeines

Bei der Erarbeitung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2021 konnten nicht die „Orientierungsdaten für die Finanzplanung der Kommunen im Freistaat Sachsen“ und die „Hinweise der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Kommunale Finanzplanung“ zugrunde gelegt werden, da diese aufgrund der Corona-Pandemie noch nicht vorlagen. Es erfolgte somit eine kritische Prüfung der bisherigen Orientierungsdaten und eine Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten. Die erwarteten schlechteren Ergebnisse beim Anteil aus der Einkommenssteuer können durch eine erhöhte allgemeine Schlüsselzuweisung kompensiert werden.

Die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach ist als finanziell gesund einzustufen, die Wirtschafts- und Finanzkrise ist überwunden und die Steuereinnahmen stabilisieren sich auf einem hohen Niveau. Die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie im Haushaltsjahr 2020 konnten durch erhöhte Zuweisungen des Freistaates ausgeglichen werden. Die Auswirkungen auf die Folgejahre lassen sich im Moment jedoch nicht quantifizieren. Bei der Planung wird mit den bisherigen Ansätzen bzw. mit den gemeindeschaffen Daten weitergerechnet. Die Ausfälle bei den Einkommenssteuern können durch erhöhte allgemeine Schlüsselzuweisungen kompensiert werden.

In der Gemeinde sind noch erhebliche Investitionen zum zukünftigen Hochwasserschutz zu erbringen. Schwierig ist 2021 der Haushaltsausgleich mit Erwirtschaftung aller Abschreibungen. So unterschreiten die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen (also inkl. der Abschreibungen). Ab 2023 kann nach heutigem Kenntnisstand jedoch auch hier ein positives Ergebnis erreicht werden.

Lässt man die Abschreibungen aus den sogenannten Altinvestitionen (bis einschließlich 2017) bei der Betrachtung außen vor und prognostiziert die Abschreibungen bzw. Auflösungen welche aus Investitionen ab 2018 entstehen, so gelingt im gesamten Betrachtungszeitraum der Ausgleich im Ergebnishaushalt.

Ansonsten sind für das Jahr 2021 folgende weitere außergewöhnliche Vorgänge zu verzeichnen:

- **Allgemeine Hinweise:** Die Besonderheiten je Kostenstelle für das Haushaltsjahr 2021 werden unter Register 4 (Teilergebnishaushalt) detailliert erläutert. Hier sind ggf. auch abweichende Finanzhaushaltsplanungen

dargestellt. Weiterhin sollten die unter Register 7 dargestellten und mit Gemeinderatsbeschluss übertragenen Reste beachtet werden, da sie allein schon ein Ausgabevolumen von über 1,35 Mio. EUR enthalten.

- **Bei der Fertigstellung dieses Vorberichtes waren gravierende Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus in Kraft. So wurden alle Schulen und Kitas geschlossen. Die finanziellen Auswirkungen mit Blick auf die mittelfristig zu erwartenden Einbußen bei den Gebühren und den Steuereinnahmen (Gewerbe-, Einkommens- und Umsatzsteuer) können nicht abgeschätzt werden.**
- Im Bereich der Kinderbetreuung durch Freie Träger ist ein Betreiberentgelt von 993 EUR zu zahlen (+71 TEUR ggü. Vorjahr/+220 TEUR ggü. Vorvorjahr), welches neben den veränderten Kinderzahlen und den gestiegenen Löhnen auch die erhöhten Landeszuschüsse berücksichtigt. Eine abweichende Zahlung im Finanzhaushalt aufgrund der Betriebskostenabrechnung 2020 wurde in Höhe von 70 TEUR geplant.
- In den Vorjahren erfolgten Zuweisungen zum Vorsorgevermögen. Der Restbetrag der Vorsorgerücklage wurde bei den liquiden Mitteln bisher als gebunden deklariert und schmälerte somit die frei verfügbare Liquiditätsreserve. Ende 2020 erfolgte jedoch die vollständige Auflösung.
- Es wurden im Betrachtungszeitraum Tarifsteigerungen von jährlich 2% angenommen (Volumen ca. 40 TEUR p.a.), die Steigerung entspricht den bisherigen Tarifabschlüssen. Zudem kommt es zu Mehrkosten aufgrund von durchgeführten Stellenneubewertungen und den generell gestiegenen Entlohnungen im pädagogischen Bereich.
- Die Straßenbeleuchtung wurde in den letzten beiden Jahren zum größten Teil auf stromsparende LED-Technik umgerüstet. So konnte der Ansatz für Energie von ehemals 65 TEUR auf 22 TEUR abgesenkt werden. Die komplette Nachtabstaltung der Straßenbeleuchtung trägt ebenfalls zu den Einsparungen bei. Die Arbeiten konnten durch unsere Bauhofmitarbeiter erfolgen.
- Für die Unterhaltung der kommunalen Fließgewässer gewährt der Freistaat 2021 eine Förderung von 17,3 TEUR. Deshalb konnte der Unterhaltungsansatz auf 30 TEUR aufgestockt werden.
- Im Produkt 53.60 ist der Ausbau des Breitbandnetzes (Wirtschaftlichkeitslücke) in Höhe von 5,824 Mio. EUR geplant. Dem stehen Zuschüsse für lfd. Zwecke durch den Bund (3,494 Mio. EUR), durch das Land (1,747 Mio. EUR) und durch erhöhte allgemeine Zuweisungen insgesamt in gleicher Höhe gegenüber. Dieses Projekt ist im Ergebnishaushalt zu planen und ist unbedingt bei Jahresvergleichen zu beachten.
- Neben den ordentlichen Tilgungen in Höhe von 116 TEUR sind 2021 keine außerordentlichen Tilgungsleistungen vorgesehen. Aufgrund des extrem niedrigen Zinsniveaus (Umschuldungsergebnis 2016 z.B. 0,21% p.a. bei einer zehnjährigen Zinsbindung) wird von weiteren Sondertilgungen abgesehen.

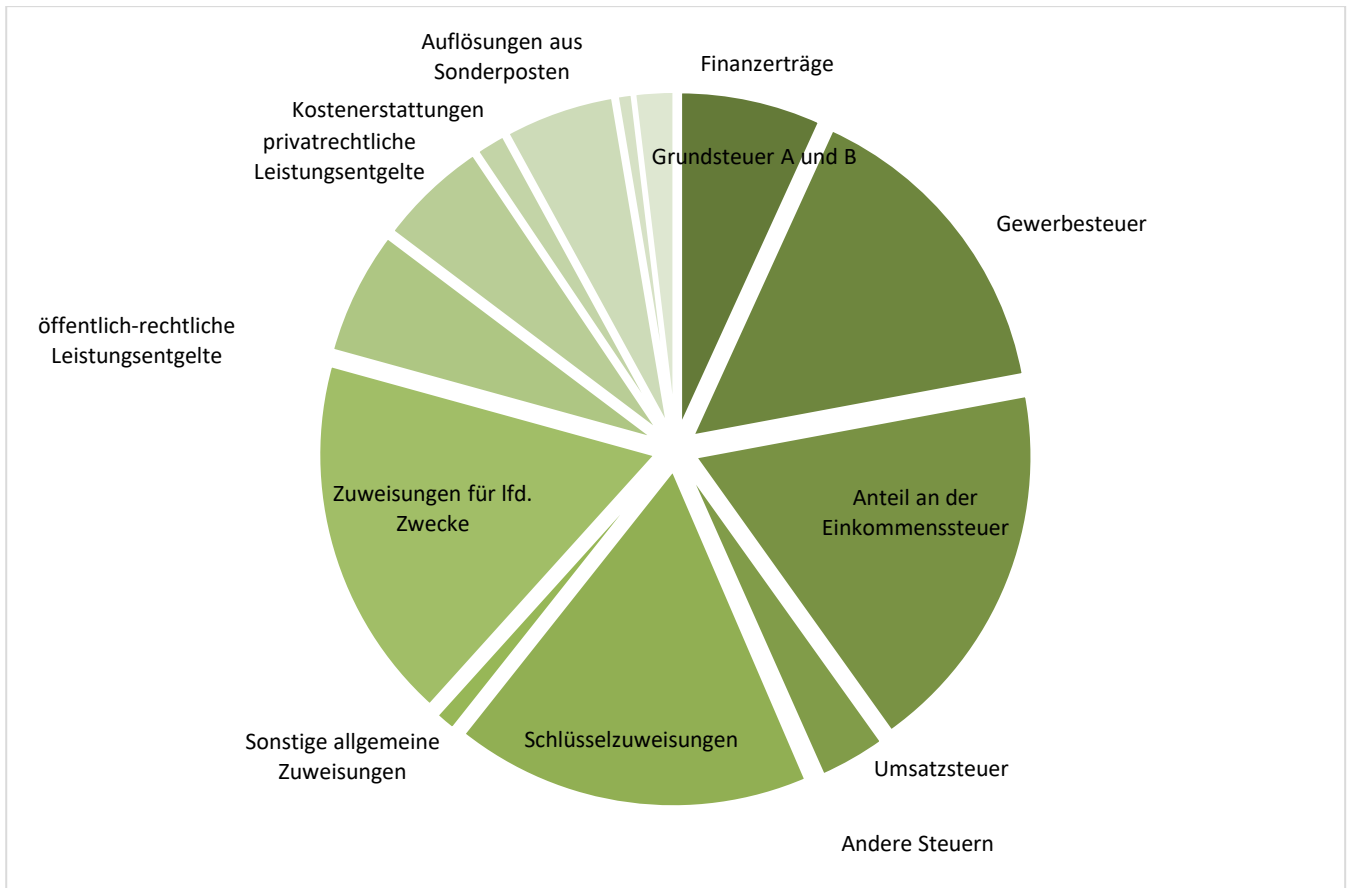
Im Interesse der Sicherung hinreichender finanzieller Spielräume wurde in der Vergangenheit ein Anstieg der Personalkosten durch Tarifierhöhungen sowohl in der Kernverwaltung als auch in den nachgeordneten Einrichtungen minimiert. Dazu wurde 2011 auch eine externe Organisationsuntersuchung durchgeführt, welche aber faktisch zum Schluss kam, dass der in den Jahren davor durchgeführte Stellenabbau die bestehenden Möglichkeiten vollständig ausgereizt hat. Der Personalbestand in der Verwaltung hat seine Grenzen erreicht und führt mittlerweile bei Krankheit und Urlaub von Kollegen zu massiven Problemen im laufenden Verwaltungsbetrieb.

Im Jahr 2019 wurde erstmals seit Jahren wieder eine Auszubildende eingestellt.

2.2 Erträge des Ergebnishaushaltes

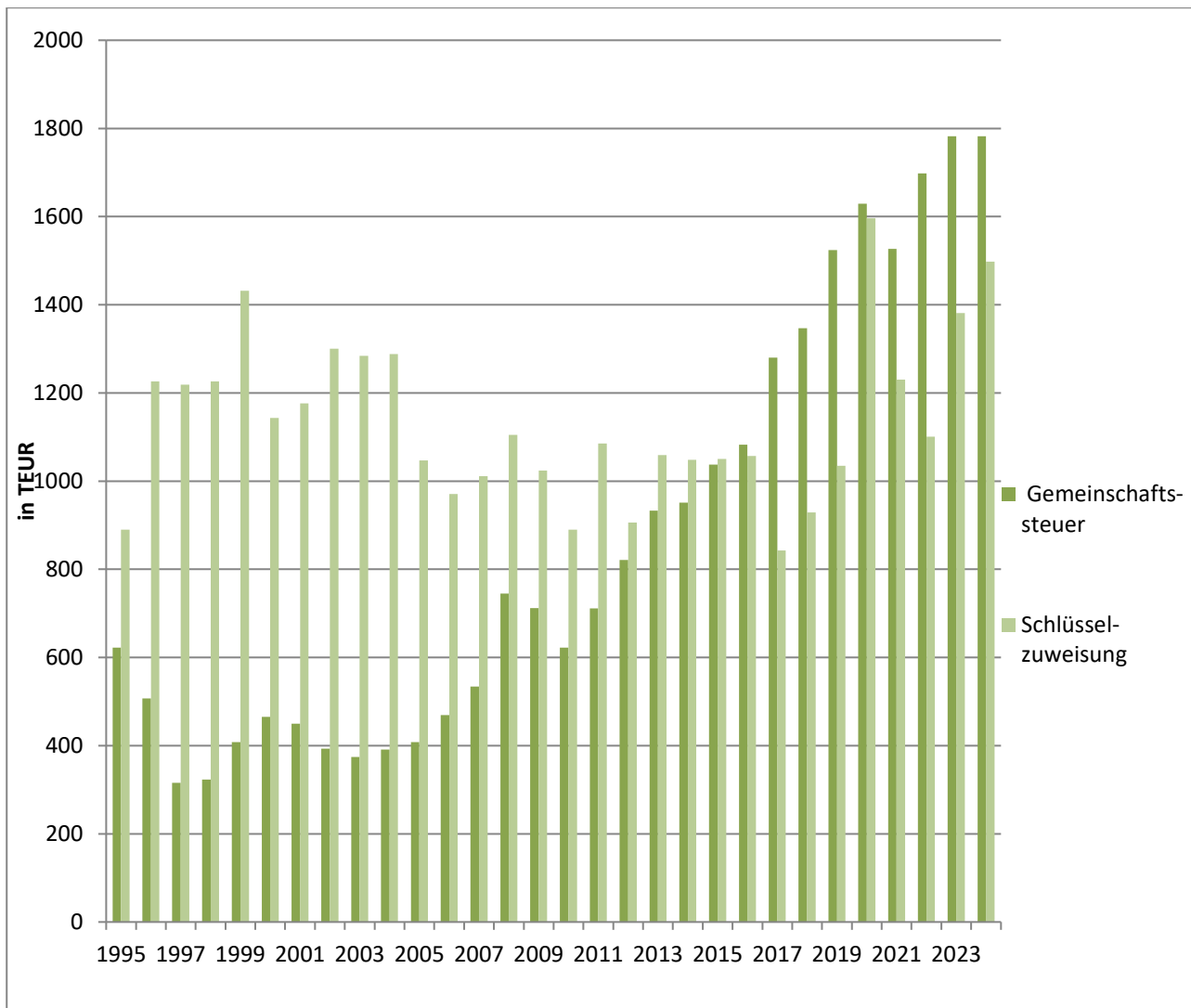
Die Erträge in TEUR im Jahre 2021:

Einnahmeart		%
Grundsteuer A und B	489	6,8
Gewerbesteuer	1.095	15,3
Anteil an der Einkommenssteuer	1.296	18,1
Anteil an der Umsatzsteuer	231	3,2
Andere Steuern	14	0,2
Schlüsselzuweisungen	1.230	17,1
Sonstige allgemeine Zuweisungen	73	1,0
Zuweisungen für lfd. Zwecke	1.263	17,6
öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	430	6,0
privatrechtliche Leistungsentgelte	381	5,3
Kostenerstattungen und -umlagen	105	1,5
Auflösungen aus Sonderposten	380	5,3
Finanzerträge (Zinsen, Dividenden)	54	0,8
Sonstige ordentliche Erträge (Konzession, Bußgelder, ...)	137	1,9
	<u>7.178</u>	100



Entwicklung der allg. Schlüsselzuweisung und der Gemeinschaftssteuern:

Angaben in TEUR		
<i>Jahr</i>	<i>Gemeinschafts- steuern</i>	<i>Schlüssel- zuweisung</i>
1998	323	1.226
1999	408	1.432
2000	465	1.143
2001	450	1.176
2002	393	1.300
2003	374	1.284
2004	391	1.288
2005	408	1.047
2006	469	971
2007	534	1.011
2008	745	1.105
2009	712	1.024
2010	622	890
2011	711	1.085
2012	821	906
2013	933	1.059
2014	1.036	1.032
2015	1.038	1.050
2016	1.083	1.057
2017	1.280	843
2018	1.347	929
2019	1.524	1.035
2020	1.629	1.596
2021	1.527	1.230
2022	1.698	1.101
2023	1.782	1.381
2024	1.782	1.498



2.3 Entwicklung der Haupteinnahmequellen des Ergebnishaushaltes

Die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach hat noch keine ausreichenden eigenen Steuereinnahmen und ist deshalb in einem erheblichen Maße von der Allgemeinen und der Investiven Schlüsselzuweisung sowie von den Zuweisungen der Gemeinschaftssteuern abhängig. Es wurde aufgrund der Corona-Pandemie und der bestehenden Unsicherheiten für die Zukunft wie folgt vorgegangen:

- Für die Planung 2021 werden die bisherigen Planzahlen 2021-2023 verwendet. 2024 wird wie 2023 behandelt.
- Im Jahr 2021 werden bei der Allgemeinen Schlüsselzuweisung 141.000 EUR mehr als bisher geplant (lt. gemeindescharfe Daten SSG).
- Diese 141.000 EUR werden hingegen bei den Erwartungen zur Einkommenssteuer 2021 abgezogen (Kurzarbeit/geschätzt ca. 10% Ausfall).

- Die investive Schlüsselzuweisung 2021 wird konkret lt. SSG-Berechnung eingestellt.
- Die anderen Planzahlen bleiben nach einer eingehenden Prüfung wie bisher bestehen.
- Insbesondere die Einnahmen aus der Grund- und Gewerbesteuer erscheinen nach wie vor realistisch.
- Das Szenario geht von einer Normalisierung der Situation im Sommer 2021 aus. Ebenso wird eine wirtschaftliche Erholung angenommen.

Eine Anhebung der Realsteuersätze ist weiterhin nicht erforderlich.

Orientierungsdaten für die Jahre 2020-24								
Corona: Keine aktualisierten Daten vom SMF								
Angaben in Euro bzw. in Prozent								
	Basiswert	2019 erwartet	2020	2021	2022	2023	2024	Anmerkung
Grundsteuer A	100		100	100	100	100	100	Basis ist Einschätzung 11/2019
	47.600 €	47.600 €	47.600 €	47.600 €	47.600 €	47.600 €	47.600 €	
Grundsteuer B	100		101,4	102,6	103,6	104,8	104,8	
	432.000 €	432.000 €	438.048 €	443.232 €	447.552 €	452.736 €	452.736 €	OD 20-23
Gewerbesteuer	100		101,5	105,3	108,1	111	111	Basis ist Einschätzung 11/19, OD verwendet
(2019 erwartet, bereinigt um außergewöhnliche Vorfälle)	1.040.000 €	1.040.000 €	1.055.600 €	1.095.120 €	1.124.240 €	1.154.400 €	1.154.400 €	Satz bei 399, OD verwendet, 2020 Rückzahlung 81 TEUR noch abzuziehen (Sonderfall!)=974.600 EUR;
Gewerbesteuerumlage	Vervielfältiger bei 35		35	35	35	35	35	Basis ist Gewerbesteuerentwicklung div. durch Bundes- und
		96.000 €	92.596 €	96.063 €	98.618 €	101.263 €	101.263 €	
Einkommenssteuer; Basis Hochrechnung Nov. (+10)	100		106,3	109,1	113,6	119,6	119,6	Anwendung OD 2020-23; 2021 bereinigt um geschätzte Ausfälle i.H.v. 141.000 EUR durch Corona (Kurzarbeit); Ansatz 2021: 1.296.000 EUR
	1.317.000 €	1.317.000 €	1.399.971 €	1.436.847 €	1.496.112 €	1.575.132 €	1.575.132 €	
Umsatzsteuer; Basis Hochrechnung Nov. (-3)	100		107,2	108,1	94,4	96,6	96,6	Anwendung OD 2020-23 Basis Daten SMF 2019 mit Ausgleich Integration
	214.000 €	214.000 €	229.408 €	231.334 €	202.016 €	206.724 €	206.724 €	
Allg. Schlüsselzuweisung, Basis gemeinscharfe Prognose SSG 2020	107,8		107,8	112,3	113,5	118,4	118,4	1.230.000 EUR eingestellt 2021 lt. SSG
	1.045.597 €		1.045.597 €	1.089.244 €	1.100.884 €	1.148.411 €	1.148.411 €	
Inv. Schlüsselzuweisung lt. SSG	170		170	177,2	178,9	186,7	186,7	51.241 EUR eingestellt 2021 lt. SSG
	136.002 €		136.002 €	141.762 €	143.122 €	149.362 €	149.362 €	
Mehrbelastungsausgleich	100		100	100	100	100	100	
	2.800 €	2.800 €	2.800 €	2.930 €	2.930 €	2.930 €	2.930 €	Übertragung Aufgaben 0,66 EUR/E
Straßenlastenausgleich	100		100	100	100	100	100	Steigerung ab 2021
	96.000 €	96.000 €	96.000 €	119.000 €	119.000 €	119.000 €	119.000 €	
Kreisumlage aktueller Hebesatz		2019	2020	2021	2022	2023	2023	Anmerkung
Steuerkraftmesszahl			2.886.898	3.016.315	3.118.050	3.118.050	3.188.486	
Allg. Schlüsselzuweisung			1.045.597	1.089.244	1.100.884	1.148.411	1.148.411	
Summe			3.932.495	4.105.560	4.218.934	4.266.461	4.336.897	
x Hebesatz			33,9	33,9	33,9	33,9	33,9	2019/2020
=Kreisumlage		1.193.950	1.333.116	1.391.785	1.430.219	1.446.330	1.470.208	

Wie sich die wichtigsten Einnahmearten in den beiden, dem Haushaltsjahr vorausgegangenen Haushaltsjahren entwickelt haben und sich 2021 voraussichtlich entwickeln werden, ist aus der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Angaben in TEUR

Einnahmeart	Rechnungs- ergebnis 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Grundsteuer A und B	478	486	489
Gewerbesteuer	1.024	975	1.095
Anteil an der Einkommensteuer	1.313	1.400	1.296
Anteil an der Umsatzsteuer	180	229	231
Andere Steuern	14	14	14
Zuwendungen (z.B. Schlüsselzuw., Landeszuschüsse Kitas)	2.228	8.167	2.566
öfftl.-rechtl. Leistungsentgelte (z.B. Gebühren Kitas, Hort)	356	393	430
privatrechtl. Leistungsentgelte (z.B. Mieten, Pachten)	269	361	381
Kostenerstattungen u. Umlagen (z.B. Landeszuschüsse)	116	103	105
Finanzerträge (Zinsen, Dividenden)	98	83	54
Auflösung aus Sonderposten	k.A.	377	380
sonstige ordentl. Erträge (Konzessionsabgaben, Bußgelder)	138	137	137
aktivierte Eigenleistungen	23	0	0
	<u>6.236</u>	<u>12.347</u>	<u>7.178</u>

Anmerkungen:

- 2019 sind im Rechnungsergebnis noch keine Auflösungen/Abschreibungen enthalten, da die Jahresrechnung noch nicht erstellt ist.

Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer)

Der Hebesatz der Grundsteuer B wurde letztmalig im Haushaltsjahr 2013 nach oben angepasst.

Bis 2010 lagen die Grundsteuer A und die Gewerbesteuer deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise musste die Gewerbesteuer angehoben werden, konnte allerdings ab dem Haushaltsjahr 2011 leicht um 11 Punkte auf 399 Punkte abgesenkt werden, so dass sie wieder unter dem Durchschnittssatz des Freistaates liegt (2013: 437 Punkte; Quelle: DIHK). Für 2021 ist keine Anpassung nötig, ebenso wenig ist dies im Finanzplanungszeitraum vorgesehen.

Die Grundsteuer B liegt mit einem Satz von 450 Punkten noch unter dem Landesschnitt, wie aus der nachfolgenden Darstellung ersichtlich ist. Zu beachten ist auch, dass die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Millionenhöhe verzichtet hat.

Die Entwicklung der Hebesätze in der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach stellt sich bisher wie folgt dar:

	1997	2000	2001	2005	2007	2010	2011	2013	Durchschnitt Sachsen ¹
Grundsteuer A	250	260	270	285		300			303
Grundsteuer B	330	350		375	410			450	479
Gewerbesteuer	360	365		375		410	399		415

Bei der Entwicklung der Einnahmen aus der **Grundsteuer A** wurden die auch weiterhin realistischen Werte der bisherigen mittelfristigen Planung beibehalten.

Die geplanten Einnahmen aus der **Grundsteuer B** entsprechen dem mit den bisherigen Orientierungsdaten fortgeschriebenen Wert.

Die Einnahmen aus **Gewerbesteuern** waren in den vergangenen Jahren starken Schwankungen unterworfen. Das Jahr 2020 konnte trotz der Corona-Krise und den damit verbundenen Stundungen der Gewerbesteuervorauszahlungen das geplante Ergebnis erreichen und übertreffen. Der Ansatz 2020 wurde gegenüber den Folgejahren aufgrund eines Sonderfalls um 81 TEUR niedriger angesetzt. Für den Planungszeitraum wurde die bisherige mittelfristige Planung beibehalten. Im Zeitraum 2021-2024 wurde von einem konstanten Gewerbesteuerhebesatz von 399 Punkten ausgegangen.

Die Schwankungen der Gewerbesteuer in den letzten Jahren:

¹ gem. DStGB Aktuell Nr. 4212-05

Haushaltsjahr	Rechnungsergebnis	Plan
1998	512 TEUR	51 TEUR
1999	315 TEUR	192 TEUR
2000	486 TEUR	378 TEUR
2001	625 TEUR	399 TEUR
2002 - Jahrhundertflut	345 TEUR	400 TEUR
2003	674 TEUR	400 TEUR
2004	552 TEUR	450 TEUR
2005	550 TEUR	709 TEUR
2006	440 TEUR	610 TEUR
2007	449 TEUR	499 TEUR
2008-Beginn Finanzkrise	867 TEUR	490 TEUR
2009	590 TEUR	699 TEUR
2010 – lokales Hochwasser	596 TEUR	656 TEUR
2011	763 TEUR	580 TEUR
2012	574 TEUR	705 TEUR
2013	712 TEUR	521 TEUR
2014	516 TEUR	734 TEUR
2015	720 TEUR	735 TEUR
2016	1.049 TEUR	744 TEUR
2017	1.035 TEUR	1.049 TEUR
2018	1.034 TEUR	1.067 TEUR
2019	1.024 TEUR	1.066 TEUR
2020 - Corona	1.078 TEUR	974 TEUR
2021 - Corona		1.095 TEUR
2022		1.124 TEUR
2023		1.154 TEUR
2024		1.154 TEUR

Im Zuge der Haushaltsplanung 2021 und der damit verbundenen mittelfristigen Finanzplanung wurde bei der Schätzung der zukünftigen Gewerbesteuereinnahmen im Detail wie folgt vorgegangen:

1. Der Steuersatz verbleibt bei 399 Punkten und liegt damit unter dem sachsenweiten Durchschnittswert.

Haushaltsjahr	2009	2010	2011	2012	2015 ff.
Gewerbesteuersatz	375	410	399	399	399

2. Der der Berechnung zugrunde liegende Messbetrag wurde an die erreichten Ergebnisse 2019 angepasst, wobei eine Bereinigung um einmalige Effekte erfolgte (81 TEUR Gewerbesteuerrückzahlung im Zuge einer Insolvenzanfechtung).

3. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wurden mit den vom Freistaat bisher erwarteten Steigerungsraten (Orientierungsdaten 2020-23) berechnet und der Ansatz für das Jahr 2024 dem Jahresansatz 2023 gleichgesetzt.

Hundesteuer

Die Steuersätze für die Hundesteuer wurden letztmalig im Haushaltsjahr 2010 erhöht und werden seitdem entsprechend der verabschiedeten Hundesteuersatzung § 6 Abs.1 erhoben:

a) für jeden ersten Hund	65,00 EUR (vorher 50,00 EUR)
b) für jeden zweiten Hund	100,00 EUR
c) für jeden weiteren Hund	100,00 EUR

Der Steuersatz gemäß § 8 der Hundesteuersatzung für das Halten von gefährlichen Hunden nach § 2 Abs. 3 beträgt im Haushaltsjahr auch weiterhin

a) für jeden ersten Hund	350,00 EUR
b) für jeden weiteren Hund	700,00 EUR

Der Haushaltsplan 2021 sieht Erträge in Höhe von 14.000 EUR vor. Eine Steigerung dieser Einnahme ohne Gebührenerhöhung ist zukünftig durch die stagnierende Bevölkerungsentwicklung nicht zu erwarten.

Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern

	Ansatz 2021 in EUR	Ansatz 2020 in EUR	Rechnungs- ergebnis 2019 in EUR	Folgejahre		
				Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR
Gemeindeanteil an der Ein- kommenssteuer	1.296.000	1.400.000	1.313.465	1.496.00	1.575.000	1.575.000
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	231.000	229.000	211.731	202.000	207.000	207.000

Der Veranschlagung der Einkommensteuer liegen die „Orientierungsdaten für die Finanzplanung“ des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen 2020-2023 zugrunde. Als Basis für die Berechnung 2021 wurde das Ergebnis 2019 inklusive der Schlusszahlung genommen. Von diesem Ergebnis wurden (nur) für den Ansatz 2021 **140.000 EUR abgezogen**. Dieser Wert entspricht den Ausfällen im Jahr 2020 und gleichzeitig der erhöhten allgemeinen Schlüsselzuweisung. Die für die Zukunft prognostizierten Steigerungen zeigen den bisher guten Beschäftigungsgrad und die Lohnentwicklung. Dieses Szenario geht nicht von dauerhaften wirtschaftlichen Verwerfungen aufgrund der Corona-Pandemie aus.

Allgemeine Schlüsselzuweisung vom Land

Schlüsselzuweisungen als eine Form der Finanzzuweisung erhalten die Gemeinden zur Kompensation ihrer mangelnden eigenen Steuerkraft.

Die Ermittlung der Schlüsselzuweisung erfolgt durch Ansatz eines über einen „Schlüssel“ normierten Finanzbedarfs, der unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl, der Anzahl der Schüler an kommunalen Schulen je Schulart und einem Grundbetrag in Abhängigkeit von der zur Verfügung stehenden Schlüsselmasse berechnet wird. Für das Jahr 2021 liegen die gemeindescharfen Daten hinsichtlich der allgemeinen und der investiven Schlüsselzuweisung vor. Diese wurden mit den bisherigen Orientierungsdaten fortgeschrieben. Gegenüber der bisherigen Planzahl für das Jahr 2021 ist eine deutliche Steigerung zu erkennen, welche den Einbruch des Einkommenssteueranteils ausgleicht.

Planansätze für die Allgemeinen Schlüsselzuweisungen:

Ansatz 2021 In EUR	Ansatz 2020 in EUR	Rechnungs- ergebnis 2019 in EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR
1.230.000	1.045.600	937.338	1.100.800	1.148.400	1.148.400

Im hier dargestellten Betrag 2020 ff. sind die erwarteten Sonderzuweisungen zur Abdeckung des Eigenanteils (10%) beim Breitbandausbau nicht mit enthalten.

Mehrbelastungsausgleich

Die Einnahmen aus dem Mehrbelastungsausgleich wurden unter Bezugnahme auf die alten Orientierungsdaten berechnet.

Straßenlastenausgleich lt. Finanzausgleichsgesetz (FAG)

Die ab dem Jahre 2004 um 25% verringerte Landeszuweisung für die Erhaltung und laufende Unterhaltung der Gemeindestraßen wurde im Jahre 2007 wieder auf ein besseres Niveau angehoben (2.355 EUR/km Straße). Nach 15 Jahren erfolgt nunmehr eine Steigerung auf 2.930 EUR/km. Diese Angaben wurden der vorliegenden Planung zugrunde gelegt.

Pro Kilometer Gemeindestraße betragen/ betrugen die Zuweisungen:

<u>Jahr</u>	<u>Betrag</u>
2004	1.950 EUR
ab 2007	2.355 EUR
ab 2021	2.930 EUR

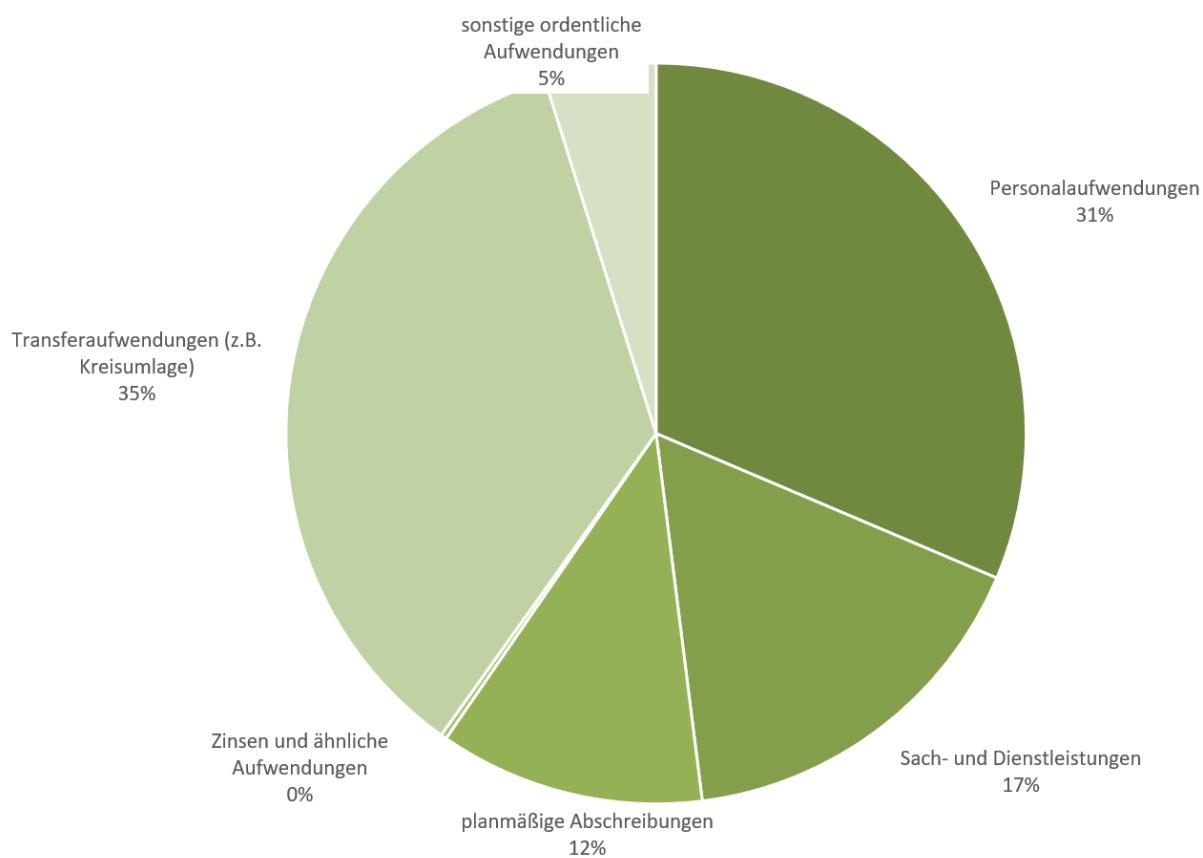
Die Gemeinde verfügt aktuell über Gemeindestraßen mit einer Gesamtlänge von 40,8 km und erhält somit für 2021 voraussichtlich Landeszuweisungen in Höhe von 119 TEUR.

Durch den Freistaat werden zudem Sondermittel in Höhe von 61.750 EUR für die Straßenunterhaltung bereitgestellt.

2.4 Aufwendungen des Ergebnishaushaltes

Die Aufwendungen des Ergebnishaushaltes 2021 setzen sich zusammen aus:

	in TEUR	in %
Personalaufwendungen	2.329	31,4
Sach- und Dienstleistungen	1.234	16,6
planmäßige Abschreibungen	861	11,6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19	0,3
Transferaufwendungen (z.B. Kreisumlage)	2.619	35,3
sonstige ordentliche Aufwendungen	360	4,9
	7.422	100,0



Die Entwicklung der **Personalkosten**, welche einen großen Anteil an den Gesamtaufwendungen haben, sind im Punkt 2.4 gesondert beschrieben.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen stellen einen Anteil von etwa 16,6 Prozent und steigen im Jahr 2021.

RE 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Ansatz 2022
1.233 TEUR	1.160 TEUR	1.233 TEUR	977 TEUR

Hier sind zum Beispiel die deutlich erhöhten Unterhaltungskosten für die Gebäude enthalten. Es sind folgende Besonderheiten des Jahres 2021 zu nennen:

- 73 TEUR für das Kinderland (darunter Rauchmelder, Putzarbeiten, Renovierung Zimmer und 6,5 TEUR lfd. Verträge)
 - Rathaus: 22,6 TEUR für Sanierung Fassade, Fenster, LED-Beleuchtung
 - Wohnblock B8: 50 TEUR (Türen, Schließanlage, Briefkastenanlage, Malerarbeiten)
 - Geschäftshaus „Alte Schule“: 50 TEUR (Sanitär, Elektrik, Malerarbeiten,...) zzgl. 200 TEUR Dach im Finanzhaushalt Teil B
 - 5 TEUR Fassade Totenhalle Dürrröhrsdorf
 - 5,5 TEUR Fenster OVZ
 - Feuerwache Wünschendorf: 7,5 TEUR Fenster und Pflasterarbeiten
 - Feuerwehrgerätehaus Wilschdorf: 2 TEUR Malerarbeiten
 - Feuerwehrgerätehaus Porschendorf: ggf. Heizung 10 TEUR und 5 TEUR Malerarbeiten (Erstattung i.H.v. 10 TEUR ist eine Versicherungserstattung)
 - Feuerwehrgerätehaus Wünschendorf: 4,5 TEUR Malerarbeiten und 32 TEUR als Investition Vorplatz
 - Kindergarten/DGH Porschendorf: 6 TEUR Fenster zzgl. 75 TEUR Stützmauersanierung als Investition
 - Dorfgemeinschaftshaus Dobra: 11 TEUR neue Fenster im UG und Malerarbeiten
 - Totenhalle Stürza: 6,5 TEUR Eingangstüre und Fassade
-
- Die Unterhaltungsmittel der Straßenbeleuchtung liegen bei 3,5 TEUR.
 - Die Gewässerunterhaltungsmittel liegen bei 30 TEUR. Die Gemeinde erhält hier für ihre 34,4 km Bachlauf erneut Zuweisungen durch den Freistaat in Höhe von 502 EUR je km. Das Programm läuft 2021 aus.
 - Sonstige Bewirtschaftungskosten: Die Kosten für die Bewirtschaftung liegen bei 428.680 EUR.
 - Bei der Straßenunterhaltung wurde ein Aufwandsansatz von 25.000 EUR eingestellt. Die Sondermittel des Freistaates in Höhe von 61,75 TEUR werden investiv eingesetzt. Bei den Geschäftsaufwendungen sind 17 TEUR für die Durchführung einer Straßenbefahrung geplant.
 - Für die Ertüchtigungen der Löschwasserteiche wurden 30 TEUR eingestellt.

Zinsaufwendungen

RE 2018	RE 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Ansatz 2022
24 TEUR	19 TEUR	18 TEUR	17 TEUR	16 TEUR

Die Verschuldung der Gemeinde wird auch 2021 weiter reduziert. Da in den Jahren 2013 und 2015 neben den regulären Tilgungsraten auch außerordentliche Tilgungen in Höhe von fast 300 TEUR geleistet wurden, fallen die Zinszahlungen ab 2017 deutlich geringer aus. Hinzu kommt, dass bei der Umschuldung eines Kredites in Höhe von 600 TEUR in 2016 der ausgezeichnete Zinssatz von 0,21% p.a. bei einer Zinsbindung von 10 Jahren erreicht werden konnte. 2017 erfolgte eine weitere Umschuldung eines größeren Kredites (752 TEUR), hier wurde ein Zins von 0,72% erreicht. Durch die geplanten Kreditaufnahmen in 2022 und 2024 werden zukünftig die Belastungen wieder steigen, liegen aber auch dann noch in einem vertretbaren Rahmen.

Die rechnerische Resttilgungsdauer liegt 2021 bei rund 16 Jahren und damit deutlich unter den bisherigen Empfehlungen mit einer durchschnittlichen Tilgungsdauer von 20 Jahren und auch unter der durchschnittlichen Restnutzungsdauer des Anlagevermögens.

Transferaufwendungen

RE 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Ansatz 2022
2.241 TEUR	2.471 TEUR	2.619 TEUR	2.660 TEUR

Die Transferaufwendungen bestehen hauptsächlich aus den Betreiberentgelten für die durch den Arbeiter- und Samariterbund betriebenen Kindertagesstätten (992 TEUR; Vorjahr: 923 TEUR; RE 2019: 768 TEUR) und der zu zahlenden Kreisumlage. Es wurde hier mit einem konstanten Kreisumlagesatz von 33,9 gerechnet.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

RE 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Ansatz 2022
338 TEUR	5.865 TEUR	360 TEUR	292 TEUR

Hier sind die Kosten für die ehrenamtlichen Tätigkeiten (59 TEUR), die Datenverarbeitung (ca. 69 TEUR), Geschäftsaufwendungen (153 TEUR), Versicherungen (47 TEUR) und Erstattungen für Aufwendungen Dritter enthalten. Der deutliche Anstieg der Geschäftsaufwendungen 2023 und 2024 ist in Höhe von 5.824 TEUR der Breitbandförderung geschuldet.

Bei den Aufwendungen für die Datenverarbeitung kam es seit 2016 zu deutlichen Steigerungen, da aufgrund der finanziellen Schieflage des Zweckverbandes Kisa Preiserhöhungen durchgedrückt wurden und weitere Erhöhungen anstanden. Mittlerweile hat sich das Aufwandsvolumen bei rund 50 TEUR eingepegelt.

Abschreibungen

RE 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Ansatz 2022
k. A.	843 TEUR	861 TEUR	883 TEUR

Im Jahr 2014 wurden erstmals im Haushaltsplan Abschreibungen auf das gesamte Gemeindevermögen angesetzt. Dies betrifft zum Beispiel das bewegliche Anlagevermögen, sämtliche Straßen, Brücken und Plätze sowie die gemeindeeigenen Gebäude. Die Ansätze wurden im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz noch einmal vollumfänglich überprüft. Da die Eröffnungsbilanz mittlerweile fertiggestellt und geprüft ist, handelt es sich bei den Ansätzen um belastbare Werte. Bisher spielten die Abschreibungen beim Haushaltsausgleich keine Rolle, sondern primär war die Erwirtschaftung der Tilgungsraten. Diese können nach wie vor aus dem Überschuss des Finanzhaushaltes beglichen werden.

Die Abschreibungen können 2021 nicht vollständig im Ergebnishaushalt erwirtschaftet werden. Es entsteht ein negatives Ergebnis von 243 TEUR. Da dieses Ergebnis ausschließlich aus Altabschreibungen (bereinigt um Auflösungen aus Sonderposten) besteht, kann es durch eine Verrechnung des Fehlbetrages mit dem Basiskapital ausgeglichen werden. Hingewiesen sei auf die geänderten Haushaltsausgleichsregelungen in der Gemeindeordnung.

2.5 Personalaufwendungen

Die Personalausgaben für die Gemeindebediensteten stellen sich wie folgt dar:

	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2021 EUR	Ansatz 2020 EUR	Ansatz 2019 EUR	Ansatz 2018 EUR
Personalkosten	2.375.080	2.328.760	2.283.260	2.098.770	1.966.845
<i>nachrichtlich: Aufwendungen für sonstige Beschäftigte</i>	9.300	9.300	9.450	9.000	9.000
<i>Personalkosten Bufdis</i>	25.400	25.400	2.800	8.100	25.400
-Altersteilzeit	0	0	0	0	0
=Bereinigte Personalkosten für Gemeindebedienstete	<u>2.340.380</u>	<u>2.294.060</u>	<u>2.271.010</u>	<u>2.081.670</u>	<u>1.932.445</u>

Die Gemeinde konnte bis zum Jahr 2008 trotz Tarifierhöhungen, Ost-Westanpassungen und Entgeltstufenerhöhungen die Personalkosten Jahr für Jahr um rund 20.000 EUR senken. Ab dem Jahr 2009 ist dieser Trend jedoch so nicht weiter fortsetzbar gewesen, da deutliche Tarifierhöhungen, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, zu verzeichnen waren. Zudem kommt es durch die gesetzlichen Änderungen bei der Kinderbetreuung (Betreuungsschlüssel; Gewährung von Vor- und Nachbereitungszeiten) und durch die gute Auslastung der Kitas zu erheblichen Mehrkosten, welche zum Teil aber durch erhöhte Landeszuweisungen aufgefangen werden können.

Die Personalkosten 2021 wurden anhand der bestehenden Arbeits- und Tarifverträge für das vorhandene Personal ermittelt und eingestellt. Zudem ist für 2021 und die Folgejahre eine Tarifierhöhung von jährlich 2 Prozent eingestellt. Berücksichtigt wurde auch der für die Angestellten in den Kindertagesstätten geschlossene Sondertarifvertrag, welcher aufgrund von Höhergruppierungen teils erhebliche Steigerungen nach sich gezogen hat.

Die Tarifierhöhungen sind für alle Beschäftigten im Produkt 11.13.01 geplant, da eine Aufspaltung auf alle Produkte und Kostenstellen (z.B. im Facility Management) den zumutbaren Veranschlagungsaufwand, insbesondere auch bei Änderungen in der Entwurfsphase, gesprengt hätte. Die Personalkosten werden produktübergreifend für deckungsfähig erklärt.

Die Tarifierhöhungen werden zukünftig nicht über einen Personalabbau ausgeglichen werden können, da die Mindestgröße in der Verwaltung erreicht ist. Ein weiterer Abbau ist nur mit Einbußen bei Umfang und Qualität der Arbeit möglich. Dies wird in Vertretungssituationen (Urlaub, Kur, Krankheit) deutlich. Mit einer dauerhaften Besserung ist hier mit Blick auf die Altersstruktur der Beschäftigten nicht zu rechnen. Im Jahr 2019 ist mit der Ausbildung einer Verwaltungsfachangestellten im eigenen Haus begonnen worden.

Gem. Stellenplan 2021 werden in der **Kernverwaltung 11,7 VbE (Vorjahr 11,7 VbE)** beschäftigt.

Berücksichtigt man die Vorgaben des Freistaates Sachsens aus der Verwaltungsvorschrift Kommunale Haushaltswirtschaft, welche einen Personalbesatz von 2,3 je 1.000 Einwohner empfiehlt (Bandbreite 2,1-2,5), so liegt der Sollbestand bei 9,75 VzÄ² (2,3 VzÄ je 1.000 E x 4,24 Tausend Einwohner). Somit wäre die Personalausstattung der Gemeinde Dürnröhrsdorf-Dittersbach in der Kernverwaltung als angemessen zu betrachten.

Nimmt man den oberen Ausstattungsschlüssel von 2,5 VzÄ je 1.000 Einwohner der Verwaltungsvorschrift Kommunale Haushaltswirtschaft, so ergäbe dies einen Sollbestand von 10,6 VzÄ in der Kernverwaltung. Der Mehrbedarf in der Gemeinde Dürnröhrsdorf-Dittersbach ergibt sich aus

- der umfangreichen Wohnungsverwaltung,
- der eigenen Debitorenbuchhaltung für die Kinderbetreuung (sonst meist fremd vergeben),
- dem arbeitsintensiven Dittersbacher Jahrmarkt,
- den vom Landratsamt seit 2005 zusätzlich übertragenen Aufgaben,
- den erhöhten Arbeitsaufwand durch die Doppik
- Koordinierung und Überwachung des eigenen Bauhofes

Die Mehrbesetzung wird über die Wohnungsmieten, geringere Betriebsführungsentgelte und z.B. Jahrmarkt-Standgebühren gedeckt bzw. durch nicht anfallende Lohnkosten bei längerfristigen Erkrankungen kompensiert. Zudem können Sach- und Beraterkosten in einem erheblichen Umfang gespart werden.

Gemessen an den Aufwendungen³ des Haushaltes betragen die geplanten und bereinigten Personalkosten nunmehr 31,4% (2020: 18,1; 2019: 28,46 %; 2018: 34,25; 2017: 32,3%; 2016: 36,8%; 2015: 32,7%, 2014: 33,5%, 2013: 36%, 2012: 29,7 %; 2011: 30,1%; 2010: 29,8%; 2009: 27,6 %; 2008: 28,6%; 2007: 29,8%; 2006 32,4%).

² VzÄ=Vollzeitäquivalent/ VbE=Vollbeschäftigteneinheit

³ aus Gründen der Vergleichbarkeit mit Vorjahren nur zahlungswirksame Vorgänge (keine Berücksichtigung von Abschreibungen); 2020 verzerrt durch erhebliche Aufwendungen im ErgHH für Breitband

Anteil der Personalaufwendungen an den Gesamtaufwendungen in %



Veränderungen beim Personalbestand über einen mehrjährigen Betrachtungszeitraum:

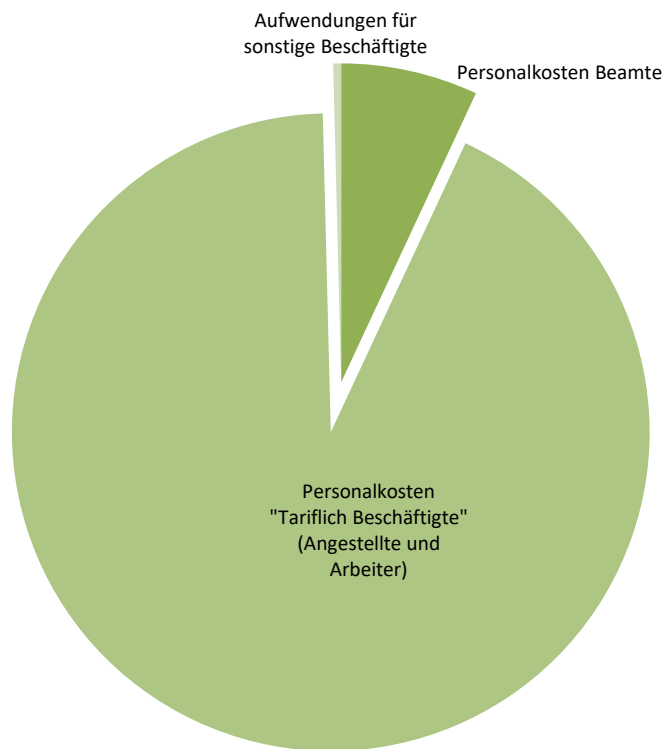
- ab 2006: 0,8 VbE Einsparung in der Kernverwaltung (Entgeltgruppe 6)
- ab 2006: 0,3 VbE Einsparung Sekretariat in der Schule (Entgeltgruppe 5)
- ab 2008: Wegfall von 1,0 VbE durch Schließung der Wanderherberge
- ab 2008: Zusatzbedarf 0,45 VbE für eine eigene Reinigungskraft (günstiger als Fremdreinigung)
- ab 2008/2009: Ersatzloser Wegfall von 0,8 VbE im Bauamt und Versetzung der Mitarbeiterin ins Sekretariat; die bisherige Sekretärin wurde nach ihrer Rückkehr (Juni 2009) und Weiterbildung zur Kommunalen Bilanzbuchhalterin in der Kämmerei eingearbeitet und ab 2010 als Kassenleiterin eingesetzt.
- ab 2011 zwei 0,9 VzÄ in der Kämmerei sind in der Ruhephase der ATZ
- ab 2011 Eintritt des Schulhausmeisters in die Ruhephase der ATZ
- ab 2011 Ausbildung einer Verwaltungsfachangestellten
- ab 2012 Eintritt eines Bauhofmitarbeiters in die Ruhephase der ATZ
- 2012 Aufstockung von je 0,1 VzÄ bei zwei Angestellten der Kernverwaltung für die Vorbereitungen zur Einführung der doppelten Buchführung
- 2013 Auslaufen von zwei ATZ-Verträgen (ungefördert)
- 2014 Auslaufen eines ATZ-Vertrages (gefördert)
- 2014 Übernahme Auszubildende

- 2015 Beginn der Altersrente einer Kollegin (0,9 VzÄ; Entgeltgruppe 6); weitgehende Übernahme dieser Stelle durch die 2014 übernommene Auszubildende (0,8 VzÄ), teilweise aber auch Neuausrichtung anderer Stellen
- 2015 Reduzierung der 2012 aufgestockten Anteile für die Doppikeinführung um 0,15 VzÄ
- 2015 Dauererkrankung bei zwei Beschäftigten in der Kernverwaltung, Einsatz von Leiharbeitskräften bzw. befristet Beschäftigten
- 2015 Bürgermeisterwechsel
- 2016 Wechsel Hauptamtsleiter (Einarbeitung Nachfolger)
- 2019 Beginn Ausbildung einer Verwaltungsfachangestellten

Für weitere Details zum Personal der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach verweisen wir auf den Stellenplan (nach Trennblatt 6).

	in TEUR	in %
Personalkosten Beamte	161.750	6,9
Personalkosten "Tariflich Beschäftigte" (Angestellte und Arbeiter)	2.157.710	92,7
Aufwendungen für sonstige Beschäftigte	9.300	0,4
GESAMT	2.328.760	100

Personalkostenverteilung



2.6 Zuschüsse im Bereich der Freiwilligen Aufgaben

Der Zuschussbedarf ausgewählter Bereiche sieht wie folgt aus:

		Plan 2021 EUR	Plan 2020 EUR	Plan 2019 EUR	Plan 2018 EUR	Plan 2017 EUR	Plan 2016 EUR	Plan 2015 EUR	Plan 2014 EUR
21110103	Schüler- speisung	14.300	14.300	14.300	14.300	14.300	14.300	12.300	12.300
27200100	Bibliothek	2.118	1.998	2.608	2.578	2.593	1.463	1.620	1.620
281004	Kultur- und Heimatspflege	20.577	20.477	27.287	27.356	25.254	19.174	19.234	19.234
366101	Jugendarbeit ⁴	4.515	4.015	4.055	4.255	4.125	4.025	3.715	3.715
111101/ 427100	soz. Angelegen- heiten	1.500	1.500	2.500	2.500	2.500	1.000	1.000	1.000
4241/4210	Sport ⁵	30.162	25.162	29.412	30.917	27.873	22.320	23.060	14.710
57500100	Fremden- verkehr	4.760	5.060	7.946	7.590	7.547	7.310	7.677	6.920
	Summe	<u>77.932</u>	<u>73.712</u>	<u>88.808</u>	<u>90.196</u>	<u>84.892</u>	<u>70.292</u>	<u>68.606</u>	<u>59.499</u>

Zuschuss = Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen

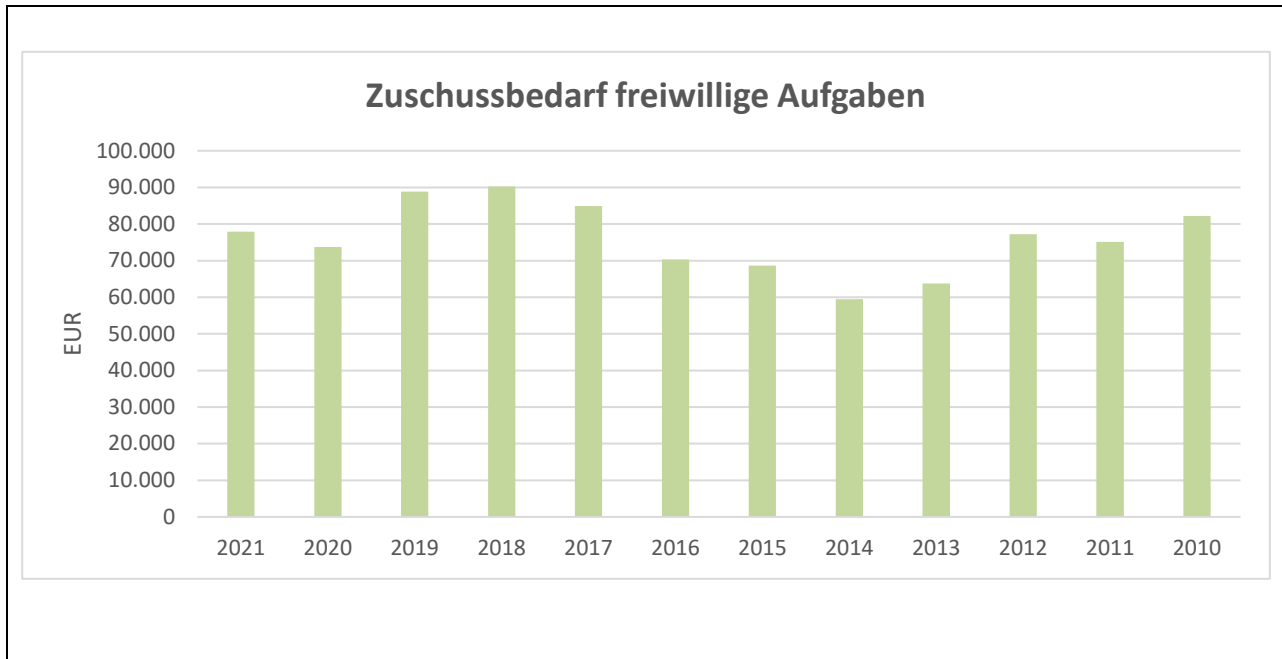
Die Schülerspeisung wird durch die Gemeinde subventioniert, indem der Essensanbieter einen monatlichen Zuschuss erhält.

In der Sportförderung sind hauptsächlich die Kosten für die Bereitstellung und Unterhaltung von vier Sportplätzen enthalten. Einen großen Kostenblock verursachen hier die anfallenden Abschreibungen mit rund 10 TEUR. Die Kosten für die Turnhalle, welche intensiv für den Vereinssport genutzt wird, sind in der Darstellung nicht enthalten.

⁴ 2013 ff. ohne Gebäudekosten, diese sind im FM-Produkt 11.13. geplant

⁵ 2013 ff. ohne Gebäudekosten, diese sind im FM-Produkt 11.13. geplant; Innere Verrechnung + Abschreibungen

Eine weitere freiwillige Leistung der Gemeinde besteht in der Zahlung einer sogenannten Schnullerprämie in Höhe von 150 EUR für jedes Neugeborene. Das jährliche Gesamtvolumen beläuft sich hier auf ca. 6 TEUR.



2.7 Abweichungen des Finanzhaushaltes vom Ergebnishaushalt

Der Finanzhaushalt der lfd. Verwaltungstätigkeit wurde grundsätzlich entsprechend dem Ergebnishaushalt geplant. Wenn zum Planungszeitpunkt Abweichungen ersichtlich waren, so wurden diese auch bereits berücksichtigt und bei den jeweiligen Anmerkungen mit beschrieben.

Die wesentlichen Abweichungen des Finanzhaushaltes vom Ergebnishaushalt sind:

- Für das Jahr 2020 ist mit einer Betriebskostenerstattung vom Arbeiter-Samariter-Bund für den Betrieb der Kindergärten „Moosmutzelreich“ und „Spatzennest“ zu rechnen. Die Höhe wird sich auf ca. 70.000 EUR belaufen und verbessert das Finanzergebnis
- Tilgungen sind im Finanzhaushalt, Abschreibungen und Auflösungen aus Sonderposten im Ergebnishaushalt veranschlagt.

2.8 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen (Sonderergebnis)

Der Gesamtbetrag der veranschlagten außerordentlichen Erträge beläuft sich auf 31.000 EUR und der Gesamtbetrag der veranschlagten außerordentlichen

Aufwendungen ebenfalls auf 31.000 EUR, so dass das Sonderergebnis bei 0 EUR liegt.

Die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen resultieren aus Verkaufserlösen (Fahrzeuge) bzw. Verkauf von Baugrundstücken. Bei der Planung wurde aus Gründen der Vorsicht immer ein Verkaufspreis zum (niedrigen) Bilanzwert angenommen.

3. Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen

3.1 Erläuterungen zum Investitionsprogramm Teil B

Einführend wird festgelegt, dass sämtliche Investitionsausgaben gesperrt sind, bis die jeweils eingeplanten Zuwendungen und Zuschüsse durch Vorlage eines Zuwendungsbescheides verbindlich im Haushalt der Gemeinde verankert werden können. Mithin kann der Baubeginn einer Maßnahme frühestens am Tage des Erhalts des entsprechenden Zuwendungsbescheides stattfinden.

Sollten die eingeplanten Fördermittel für eine Maßnahme nicht bewilligt werden, so ist die Maßnahme grundsätzlich in die Folgejahre zu verschieben. Der freiwerdende Eigenanteil im Haushaltsjahr 2021 soll weiterhin für diese Maßnahme zur Verfügung stehen und ist deshalb grundsätzlich nicht zur Deckung anderer Maßnahmen zu verwenden. Abweichungen von dieser Regel bedürfen eines Gemeinderatsbeschlusses.

Kreditaufnahmen sind 2021 nicht vorgesehen. Es sollen neben den ordentlichen Tilgungen in Höhe von 116 TEUR keine außerordentlichen Tilgungen durchgeführt werden.

Der laut Planung verbleibende freie Stand der Liquiditätsreserve zum 31.12.2021 liegt bei 83.417 EUR (331.730 EUR erwarteter und bereinigter Kassenbestand abzüglich gesperrter Mittel in Höhe von 248.313 EUR).

Wie auch zahlenmäßig aus dem Investitionsprogramm 2021 ersichtlich ist, liegen für das Haushaltsjahr 2021 die Investitionsschwerpunkte bei folgenden Maßnahmen (die Aufzählung ist nicht abschließend):

11.12.01 Beschaffungen und Leistungen für die Verwaltung

1 Beschaffung Technische Ausrüstung

Hier stehen noch erhebliche Haushaltsreste für den Erwerb von Standardsoftware und die Ertüchtigung der Servertechnik und für die Beschaffung eines Dokumentenmanagementsystemes bereit.

11.13.05 Gebäudemanagement

60/267 Sanierung Hauptstraße 86

Die Sanierung des Gebäudes ist in mehreren Jahresscheiben geplant. Für das Haushaltsjahr 2021 sind 200 TEUR eingeplant (Dachsanierung). Förderungsmöglichkeiten sind nicht ersichtlich. Im Ergebnishaushalt 2021 stehen zusätzlich 50 TEUR für die laufende Unterhaltung zur Verfügung.

Der Einbau eines Treppenliftes konnte im Vorjahr abgeschlossen werden.

50/269 Dorfgemeinschaftshaus Porschendorf-Stützmauer

Am DGH Porschendorf wird 2021 die Stützmauer für 75 TEUR saniert.

41/270 Vorplatz Gerätehaus Wünschendorf

Der Vorplatz am Gerätehaus soll für 70 TEUR erneuert und vergrößert werden.

70/21 Neubau Kita Stürza

Drastisch erhöht in der mittelfristigen Planung wurde der Ansatz für den Umbau der Kindertagesstätte in Stürza (Einbau in das bisherige Dorfgemeinschaftshaus). Aufgrund der dringend notwendigen Maßnahme sind 2021 70 TEUR für Planungskosten vorgesehen. Die Realisierung ist dann 2021 ff. mit einem geschätzten Ausgabevolumen von 630 TEUR vorgesehen.

63/249 Neubau Gerätehaus Dobra

Für die notwendige Planung wurden 2021 Mittel in Höhe von 150 TEUR eingestellt. Die Realisierung soll dann 2022 mit Baukosten von 850 TEUR erfolgen. Die Fördermitteleinnahmen wurden mit 430 TEUR geplant.

11.16.14 Bauhof

211 Erwerb Bauhoftechnik

Es ist der Erwerb von Winterdiensttechnik i.H.v. 30 TEUR eingestellt.

12.60.01 Brandschutz

104 Löschfahrzeug Stürza

Es wurde für die Beschaffung eines Löschfahrzeuges 10 ein Ausgabevolumen von insgesamt 370 TEUR geplant, der Hauptanteil in Höhe von 300 TEUR davon bereits im Jahr 2019. Mit der Auslieferung des Fahrzeuges ist im Jahr 2021 zu rechnen.

272 Tanklöschfahrzeug Dobra

Für den Ersatz des vorhandenen TLF 16 auf W50-Basis wird die Anschaffung eines gebrauchten Tankers für 30 TEUR eingeplant.

273/251/107Ausrüstung, Absauganlagen

Für die Feuerwehr in Wilschdorf wurde die Ersatzbeschaffung eines Rettungssatzes eingeplant. In mehreren Gerätehäusern werden zudem Absauganlagen installiert, damit die Fahrzeugabgase sofort nach außen abgeleitet werden (teils über Reste finanziert).

54.10.01 Kommunale Straßen

Es existieren erhebliche Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgabereste!

277 SEK RRB „An der Mühle“

Unser Wasser- und Abwasserzweckverband wird hier ein Regenrückhaltebecken (RRB) errichten. Auf die Gemeinde kommen somit Straßenentwässerungskostenanteile (SEK) zu. 2021 betrifft dies nur die Planungskosten, eine bauseitige Realisierung soll dann im Jahre 2023 erfolgen. Die SEK sind nicht förderfähig, somit muss die Gemeinde die Kosten von 300 TEUR vollständig selber finanzieren.

54.70.01 ÖPNV

168 Bushaltestellen

Für den Bau von Bushaltestellen wurden 156 TEUR bei einer erwarteten Förderung von 90% aus dem Vorjahr übertragen.

200 Bushaltestelle Dresdner Straße

Für den Bau der Bushaltestelle an der Dresdner Straße wurde ein Betrag von 95 TEUR aus dem Vorjahr übertragen. Den Fördermittelbescheid über 85,5 TEUR hat die Gemeinde bereits 2018 erhalten und als Forderung eingebucht. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsmaßnahme mit dem Landesamt für Straßen und Verkehr.

55.10.00 Öffentliches Grün, Spielplätze

230 Umgestaltung Spielplatz Kinderland

Für den Spielplatz und das Außengelände sind 15 TEUR an Investitionen vorgesehen.

130 Spielgeräte Spielplatz Wilschdorf

Für Spielgeräte in Wilschdorf stehen 10 TEUR als Rest zur Verfügung.

55.20.00 Öffentliche Gewässer und wasserbauliche Anlagen

47 Ersatzneubau Damm Stürzaer Bach-H1 Hochwasserrückhaltung

Zum Schutz der Bevölkerung vor Hochwasserschäden macht sich in der Ortslage Stürza der Neubau eines Dammes notwendig. Die Ansatzübertragung beläuft sich auf 210 TEUR. Die eigentliche Realisierung der Maßnahme ist mit 489 TEUR bei einer 90% Förderung für 2023 eingeplant

173 Großteich Dobra-H3 Hochwasserrückhaltung

Die Maßnahme wurde zur Realisierung 2021 mit einem Volumen von 862 TEUR eingestellt. Aus 2020 wurden zudem noch nicht ausgeschöpfte Mittel in Höhe von 54 TEUR übertragen.

174 Ziegeleigraben Dürrröhrsdorf-H4 Hochwasserrückhaltung

Für die Realisierung der Hochwasserschutzmaßnahme stehen bis zum Jahr 2023 427 TEUR zzgl. 49 TEUR Reste bereit.

57.30.03.01 Dittersbacher Marktplatz

171 Dittersbacher Marktplatz

Die Gemeinde hat 2018/2019 ein Konzept für eine Neugestaltung des Dittersbacher Jahrmarkplatzes erstellen lassen. Die eigentlichen Baukosten sind im Moment noch nicht unterlegt und wurden mit 750 TEUR, aufgeteilt auf die Jahre 2019 bis 2024, angesetzt. 2021 soll der Teil „Spielplatz“ realisiert werden. Voraussetzung hierfür ist aber eine Förderung.

Auswirkungen auf Folgejahre

Die Maßnahmen sind im Wesentlichen auf Ersatzneubauten (Gebäude) und auf mehrere Hochwasserschutzmaßnahmen ausgerichtet. Folgekosten entstehen in zukünftigen Haushaltsjahren hauptsächlich durch Abschreibungen. Diese wurden prognostiziert und in die mittelfristige Planung eingestellt. Vermehrte Betriebskosten sind nicht erkennbar.

3.2 Finanzierung des Haushaltes

Der Haushalt wird wie folgt finanziert:

Zahlungsmittelüberschuss lfd. Verwaltung	307.535 EUR
+ Investive Schlüsselzuweisung	51.241 EUR
+ Investpauschale/Straßenbau	61.750 EUR
+ Fördermittel/ Erstattungen/ Beiträge	1.287.040 EUR
+ Kreditaufnahme	0 EUR
+ Entnahme aus der Liquiditätsreserve	532.234 EUR
+ Erlöse aus Grundstücksverkäufen/Sonstiges	46.000 EUR
Gesamt:	2.285.800 EUR
Vorjahr:	609.775 EUR
Damit verbleibender Überschuss zur Zuführung an die Liquiditätsreserve	0 EUR

Die Einnahmen und Ausgaben des Finanzhaushaltes Teil B und aus Finanzierungstätigkeit sinken gegenüber dem Vorjahr. Aus den Vorjahren müssen noch Haushaltsausgabereste in Höhe von 1,35 Mio. EUR abgearbeitet werden.

4. Sonstige Erläuterungen

4.1 Entwicklung der Verbindlichkeiten

Der Haushalt für das Jahr 2021 sieht erneut keine Kreditaufnahme vor, es erfolgen auch keine Umschuldungen.

Im Haushalt 2021 stehen ordentliche Tilgungsleistungen in Höhe von 117 TEUR an. Die Kreditbelastungen sind in den letzten Jahren stark gesunken. Gegenüber früheren mittelfristigen Planungen (z.B. 2013) sinkt die Zins- und Tilgungsbelastung um rund 270 TEUR jährlich!

Somit ergibt sich eine Reduzierung der Verschuldung im Jahr 2021 um	116.061,76 EUR
---	----------------

Vom Schuldenstand zum 01.01.2021 mit	1.867.153,09 EUR
--------------------------------------	-------------------------

ist die planmäßige Tilgung von	116.061,76 EUR
--------------------------------	----------------

und die Sondertilgung von abzuziehen,	0 EUR
---------------------------------------	-------

sowie die Kreditneuaufnahme in Höhe von hinzuzurechnen,	0 EUR
---	-------

so dass sich zum Jahresende 2021 ein voraussichtlicher Schuldenstand von ergibt.	1.751.091,33 EUR
--	-------------------------

Bei 4.239 Einwohnern (31.12.2019) ergibt sich eine Pro-Kopf-Verschuldung zum Stichtag 1.1.2021 von	440,47 EUR
--	------------

und zum Stichtag 31.12.2021 von voraussichtlich (geschätzte Einwohnerzahl: 4.239/ keine Fortschreibung)	413,09 EUR.
---	--------------------

Die Pro-Kopf-Verschuldung lag am 31.12.2019 bei (4.203 Einwohner per 30.06.2019)	472,31 EUR.
--	-------------

Die Pro-Kopf-Verschuldung lag am 31.12.2018 bei	500,08 EUR.
---	-------------

(4.203 Einwohner per 30.06.2018)

Die Pro-Kopf-Verschuldung lag am 31.12.2017 bei 532,78 EUR.
(4.174 Einwohner per 30.06.2017)

Die Pro-Kopf-Verschuldung lag am 31.12.2016 bei 558,61 EUR.
(4.226 Einwohner per 30.06.2016)

Die Verwaltungsvorschrift Kommunale Haushaltswirtschaft sieht es als Indiz für eine mangelhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde (Größenklasse 3.000-5.000 Einwohner) an, wenn die gesamte Pro-Kopf-Verschuldung 1.000 EUR übersteigt.

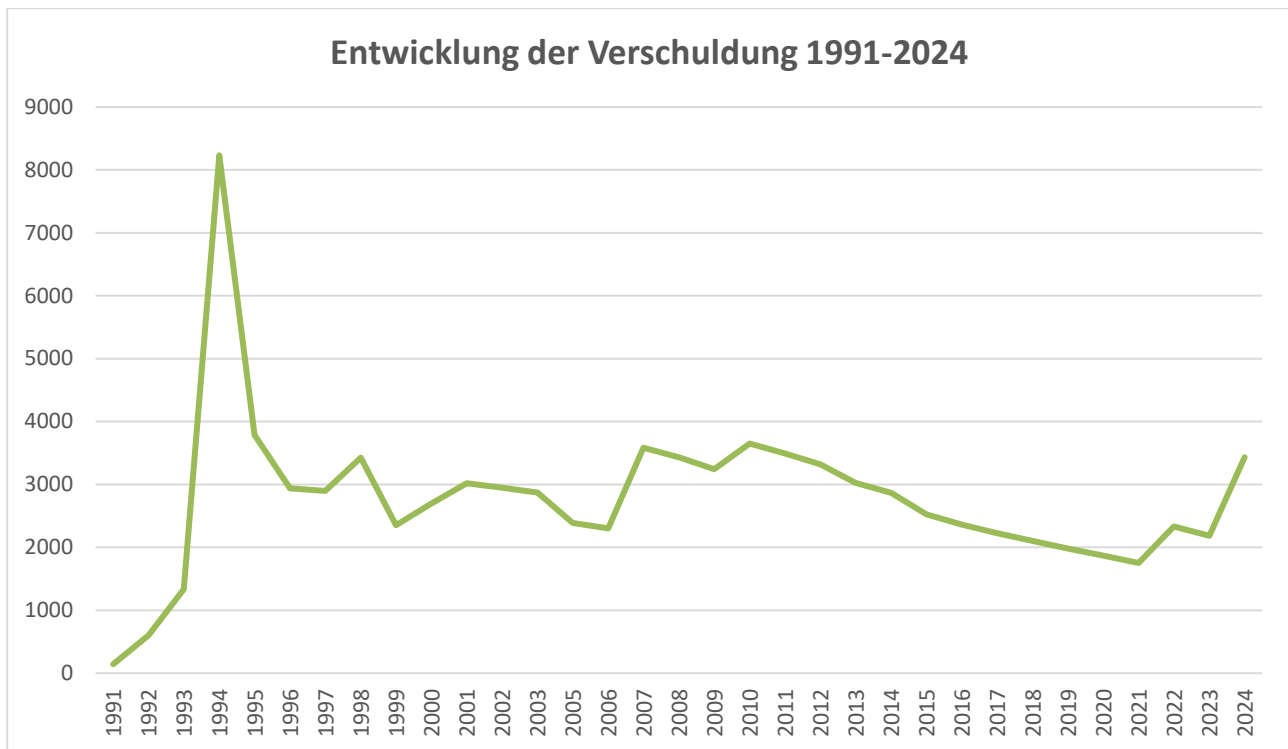
Die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach unterschreitet hinsichtlich der Verschuldung des Kernhaushaltes den Grenzwert und entfernt sich seit der letzten Kreditaufnahme 2010 durch die ordentlichen Tilgungen und die Sondertilgungen 2013/2015 deutlich. Neben den bestehenden Krediten ist auch die Bevölkerungsentwicklung bei der Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung wichtig. Bei den Einwohnerzahlen wird aktuell von einer Stagnation ausgegangen.

Die Zinsaufwendungen sinken 2021 (113 TEUR in 2013 bzw. 100 TEUR in 2014) auf nur noch etwa 17 TEUR, Tendenz weiter leicht fallend. Die rechnerische Resttilgungsdauer liegt 2021 bei 16 Jahren und damit unter der Empfehlung von einer durchschnittlichen Tilgungsdauer von 20 Jahren. Die durchschnittliche Restnutzungsdauer des gesamten abnutzbaren Anlagevermögens wurde mit der geprüften Jahresrechnung 2013 mit 26 Jahren ermittelt und für das Jahr 2021 mit 20 Jahren prognostiziert.

Bei unserem Wasser- und Abwasserzweckverband Mittlere Wesenitz (Mitglieder: Stadt Stolpen und Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach) bestanden zum Jahresende 2020 noch Schulden in Höhe von 6.165.879,07 EUR. Dies entspricht einer zusätzlichen Verschuldung von 623,32 EUR je Einwohner im Verbandsgebiet zum 31.12.2020. Eine weitere aber unbedeutende Beteiligung hält die Gemeinde beim Zweckverband Trinkwasser Pirna/Sebnitz.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Verschuldung der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach im Zeitraum von 1991 bis einschließlich 2024 auf. Für die in der Zukunft liegenden Jahre wurden die im Planentwurf enthaltenen Tilgungen und Kreditaufnahmen (2022: 700 TEUR und 2024: 1.400 TEUR) berücksichtigt.

Jahr	Schuldenstand 31.12.	
1991	142	TEUR
1992	603	TEUR
1993	1.335	TEUR
1994	8.233	TEUR
1995	3.790	TEUR
1996	2.938	TEUR
1997	2.897	TEUR
1998	3.426	TEUR
1999	2.351	TEUR
2000	2.698	TEUR
2001	3.020	TEUR
2002	2.946	TEUR
2003	2.870	TEUR
2005	2.386	TEUR
2006	2.302	TEUR
2007	3.584	TEUR
2008	3.431	TEUR
2009	3.246	TEUR
2010	3.649	TEUR
2011	3.491	TEUR
2012	3.319	TEUR
2013	3.027	TEUR
2014	2.867	TEUR
2015	2.528	TEUR
2016	2.361	TEUR
2017	2.224	TEUR
2018	2.102	TEUR
2019	1.983	TEUR
2020	1.867	TEUR
2021	1.751	TEUR
2022	2.335	TEUR
2023	2.184	TEUR
2024	3.433	TEUR



Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährverträgen der Gemeinde gegenüber Dritten bestehen nicht.

Der Umfang der Leasingverträge konnte auf null reduziert werden.

Die Verträge für die Kopiertechnik wurden nicht mit erfasst, da es sich hierbei ausschließlich um eine Miete der Technik handelt.

Leasingverträge, welche die Finanzierung und den Erwerb von Vermögensgegenständen (z. B. Bauinvestitionen) zum Ziel haben, bestehen nicht.

4.2 Entwicklung des Gesamtergebnisses, des Basiskapitals, des Zahlungsmittelüberschusses, des Finanzierungsbedarfes und der Liquiditätsreserve

Die Entwicklung des Gesamtergebnisses ist in der Tabelle auf der folgenden Seite dargestellt. Seit 2014 sind im Haushalt auch flächendeckend Abschreibungen und Auflösungen aus Sonderposten eingeplant. Schwierig ist es unter Erwirtschaftung der um die Auflösung von Sonderposten bereinigten Abschreibungen einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt (die ordentlichen Erträge decken die ordentlichen Aufwendungen) zu erreichen. In der mittelfristigen Planung ist dies aber ab dem Jahr 2023 möglich. Da die bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2017 als Saldo aus den nicht zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen („Altabschreibungen“) entstandenen Fehlbeträge mit dem Basiskapital verrechnet werden dürfen, hat die Gemeinde dies auch so in ihre Planung aufgenommen. Die aus den

„Altabschreibungen“ entstehenden Fehlbeträge sind im Betrachtungszeitraum wesentlich höher als die entstehenden Fehlbeträge. Ausgehend vom mit der Eröffnungsbilanz ermittelten Basiskapital werden deshalb diese Fehlbeträge neutralisiert, indem sie gegen das Basiskapital gerechnet werden. Mit der Erstellung der ausstehenden Jahresrechnungen können sicherlich noch bedeutende Ergebnisrücklagen gebildet werden, da die Fehlbeträge aus Altabschreibungen die Fehlbeträge übersteigen.

Der Mindestbestand des Basiskapitals (1/3 des zum 1.1.2013 ermittelten Bestandes) wird im gesamten Betrachtungszeitraum nicht unterschritten, sondern es existiert noch ein Puffer von fast 10 Mio. EUR. Die ab dem Jahr 2018 bis 2024 entstehenden Abschreibungen wurden anhand der Investitionsplanung prognostiziert und in den Haushalt eingestellt. Dieser Teil der Abschreibungen kann voll erwirtschaftet werden. Es wird auf das Muster 21/ Trennblatt 7 verwiesen.

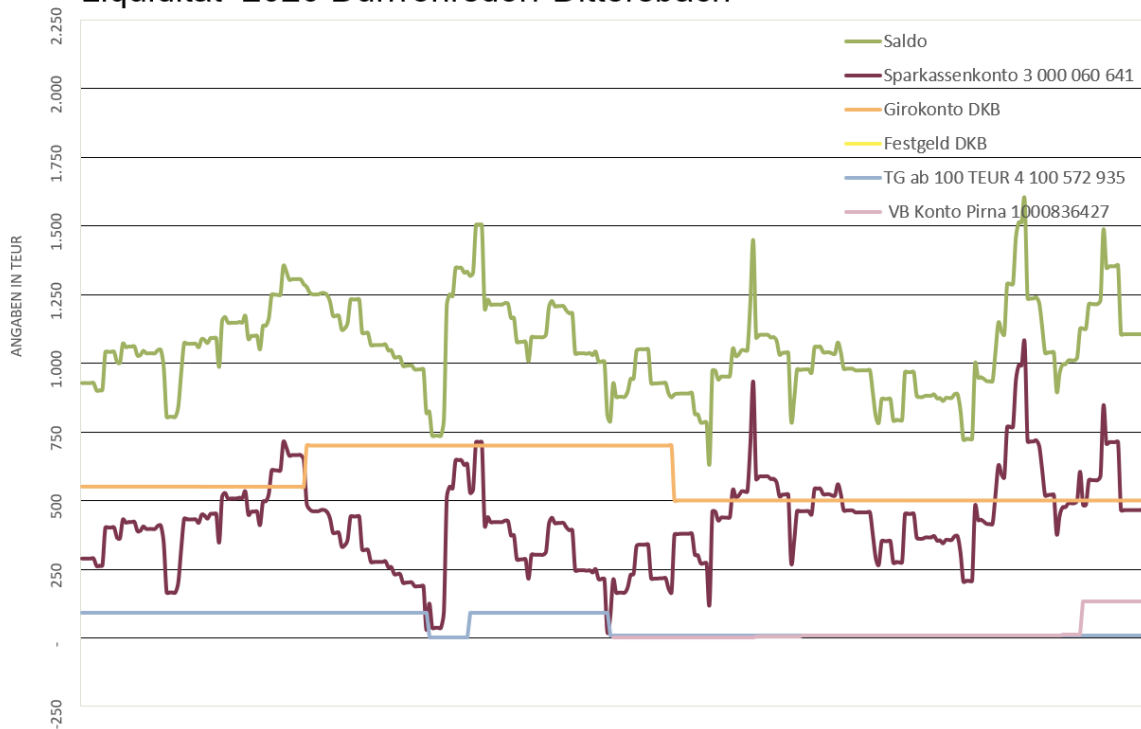
Sehr positiv steht die Gemeinde bisher beim Finanzhaushalt da. In der vorliegenden Planung wird von einem positiven Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit ausgegangen. Der Überschuss übersteigt dabei mit veranschlagten 307.535 EUR die Höhe der zu zahlenden ordentlichen Tilgungen (116.061,76 EUR). In den Jahren 2021 ff. steigt der Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit bis 2023 weiter an. Weitere Finanzierungsmittel werden jedoch in Form von Kreditaufnahmen für die Durchführung des Gerätehausbaus in Dobra und den Kindergartenbau in Stürza 2022 (700 TEUR) und 2024 für einen Turnhallenneubau (1.400 TEUR) notwendig.

Die Kassenlage der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach ist als stabil anzusehen.

Im Jahr 2018/2019/2020 waren bei einem Kassenkreditvolumen von 500.000 EUR keine negativen Kassenstände zu verzeichnen. Die vorhandenen Mittel beliefen sich meist in einem Korridor von 0,75 – 1,5 Mio. EUR. Die Baumaßnahmen konnten liquiditätsmäßig aus den Kassenständen vorfinanziert werden.

Das nachfolgende Diagramm zeigt die Liquidität des Jahres 2020, wobei die oberste Linie den Kassenstand incl. der angelegten Gelder darstellt:

Liquidität 2020 Dürrröhrsdorf-Dittersbach



Gem. §84 III der Sächsischen Gemeindeordnung ist der Höchstbetrag der Kassenkredite genehmigungsfrei, sofern er ein Fünftel der im Finanzhaushalt veranschlagten Auszahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit nicht übersteigt.

Veranschlagt sind im Finanzhaushalt Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 6.560.755 Euro. Damit unterschreitet der in der Satzung festgelegte Höchstbetrag der Kassenkredite (500.000 Euro) den gesetzlichen Rahmen (1,31 Mio. EUR) deutlich und ist somit genehmigungsfrei. Verzerrt werden die Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in den Jahren 2023 und 2024 durch den geplanten Breitbandausbau, welcher in Höhe von 5,82 Mio. eingestellt ist. In diesen Jahren wird der Kassenkreditrahmen ausgeweitet und in Anspruch genommen werden müssen.

Deutlich wird die Entwicklung der Kassenlage, des Gesamtergebnisses und des Finanzbedarfs aus lfd. Verwaltungstätigkeit bzw. Investitionstätigkeit aus der DIN-A3 Aufstellung „Investitionsprogramm“ unter der Registernummer 5.

<i>Angaben in EUR</i>	2020 Plan	2021	2022	2023	2024
Gesamtergebnis	-296.008	-243.332	-73.098	64.112	28.312
Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltung	237.415	307.535	425.945	567.385	544.085
Änderung der Liquiditätsrücklage	134.475	-532.234	95.645	-137.508	24.235

Stand der Liquiditätsreserve 31.12.	<u>704.359</u>	<u>331.730</u>	<u>427.375</u>	<u>289.867</u>	<u>314.102</u>
davon gebunden	272.246	248.313	248.313	248.313	248.313
Freie Mittel	432.113	83.417	179.062	41.554	65.789

Hier noch einmal eine Darstellung mit Nennung der gebundenen Mittel (Angaben in EUR):

	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024
Kassenbestand:	<u>863.964</u>	<u>331.730</u>	<u>427.375</u>	<u>289.867</u>	<u>314.102</u>
davon gebunden:					
	248.313	248.313	248.313	248.313	248.313
Restitutionsansprüche auf Grundstücke alt	188.615	188.615	188.615	188.615	188.615
Restitutionsansprüche auf Grundstücke BVVG	36.698	36.698	36.698	36.698	36.698
Investive Schlüsselzuweisung (Ansparphase)					
Rückabwicklung Grundstückskauf	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000
ergibt Liquiditätsreserve:	<u>615.651</u>	<u>83.417</u>	<u>179.062</u>	<u>41.554</u>	<u>65.789</u>

Es werden, wie aus der Aufstellung ersichtlich, von den liquiden Mitteln 248 TEUR gebunden, damit im Bedarfsfalle die Gelder für die verschiedenen Ansprüche ausgezahlt werden können. Abgezogen ist vom Kassenstand 31.12.2020 bereits der für die Abarbeitung der Haushaltsreste notwendige Eigenanteil unter Berücksichtigung bereits geflossener und noch erwarteter Zahlungen.

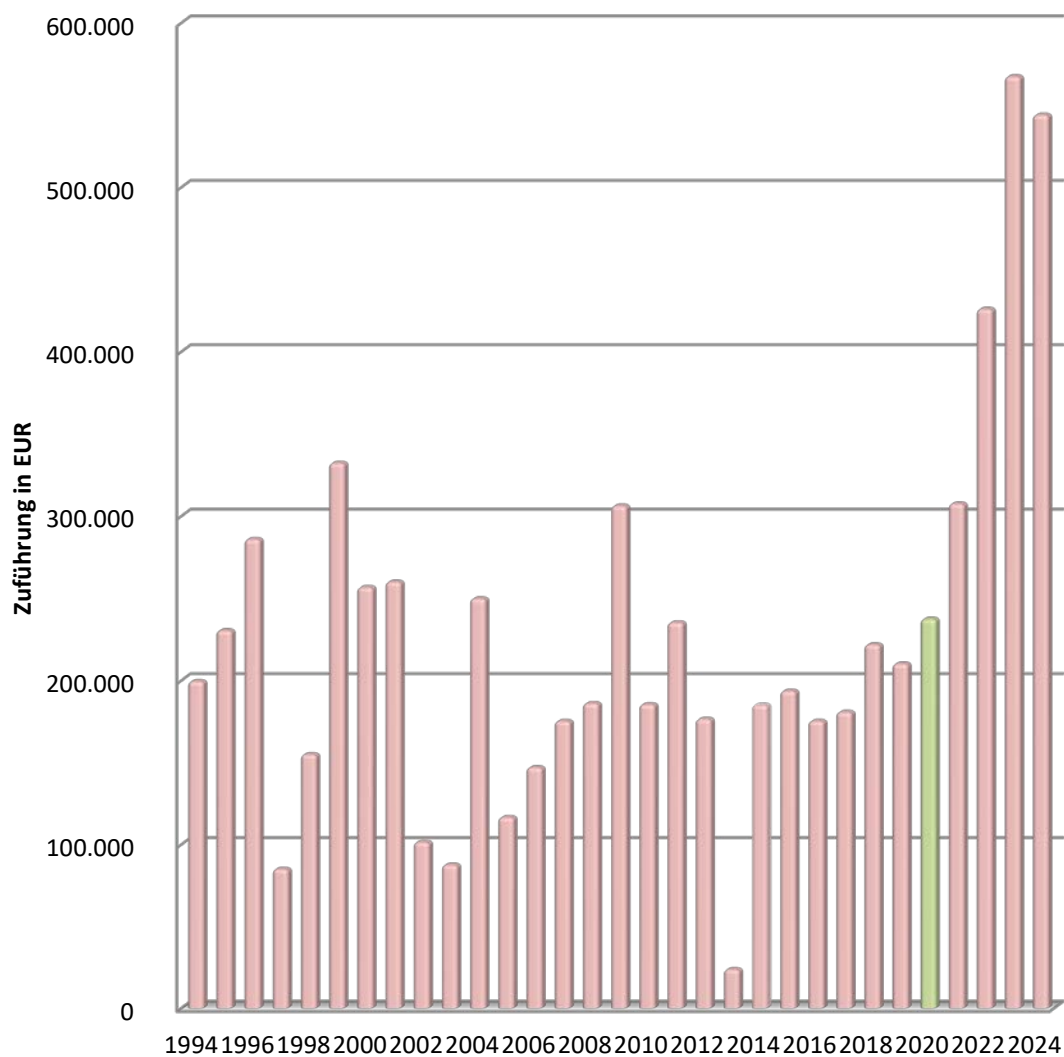
Die Restitutionsansprüche beziehen sich unter anderem auf Verkaufserlöse für Grundstücke, die die Gemeinde ggf. an die Alteigentümer bzw. deren Rechtsnachfolger zahlen muss. Es handelt sich um ehemals jüdisches bzw. um Bundeseigentum.

Aktuell bestehen keine Altersteilzeitverträge mehr und deshalb ist auch keine Mittelbindung erforderlich.

In der nachfolgenden Tabelle wird der Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltung dargestellt. Wichtig ist dieser mit Blick auf die zu zahlenden ordentlichen Tilgungsleistungen. Nach deren Abzug ergibt sich die sogenannte Nettoinvestitionsrate. Diese ist ein wichtiges Indiz für die Zahlungsfähigkeit und wirtschaftliche Lage der Kommunen und entwickelt sich sehr positiv in den kommenden Jahren:

Planzahlen	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Zahlungsmittel- überschuss aus lfd. Verwaltung	193.642	175.338	180.833	221.836	210.205	237.415	307.535	425.945	567.385	544.085
-ordentliche Tilgungen	175.000	168.000	137.000	122.000	119.000	117.000	117.000	117.000	151.000	151.000
Netto- investitionsrate	<u>18.642</u>	<u>7.338</u>	<u>43.833</u>	<u>99.836</u>	<u>91.205</u>	<u>120.415</u>	<u>190.535</u>	<u>308.945</u>	<u>416.385</u>	<u>393.085</u>

**Geplante Zuführung zum Vermögenshaushalt bis 2012 bzw.
Zahlungsmittelüberschuss lfd. Verwaltung ab 2013**



4.3 Belastungen aus dem Sondervermögen, aus der kommunalen Zusammenarbeit und aus den mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen der Gemeinde

Die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach muss aus heutiger Sicht in den Jahren 2021-24 keinerlei Belastungen aufgrund ihrer mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen bzw. privaten Rechts oder auch bei ihren Beteiligungen an Zweckverbänden verbuchen.

In der Vergangenheit gab es bisher nur Probleme beim Zweckverband KISA, welche zu geringen Umlagen der Mitglieder führten. Mittlerweile sind die finanziellen Probleme ausgeräumt.

Eine wesentliche Beteiligung hat die Gemeinde am Wasser- und Abwasserzweckverband Mittlere Wesenitz. Hier ist dem Haushaltsplan der Gemeinde der aktuellste testierte Jahresabschluss des Zweckverbandes beigefügt.

Die Beteiligungen an der Gas- und an der Stromversorgung haben durchweg positive Effekte auf den Gemeindehaushalt in Form von erheblichen Konzessions- und Dividendeneinnahmen, auch wenn diese perspektivisch sinken.

Ansonsten sind diesem Haushaltsplan keine Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne für Unternehmen gem. Kommunalhaushaltsverordnung beizufügen, da die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach keine Eigenbetriebe führt und auch nicht mit mehr als 20 % an einem Unternehmen beteiligt ist.



Torsten Weber
Kämmerer